:antifaschistische nachrichten Nr. 12
g 3336 16.6.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Skandal beim Tag der offenen Tür in Bad Reichenhaller Bundeswehrkaserne

Beim Tag der offenen Tür in der Bad Reichenhaller General-Konrad-Kaserne hatte die Bundeswehr als „Kinderprogramm“ das Modell einer offensichtlich durch Krieg zerstörten Stadt aufgebaut. Ruinen und kleine Brandherde bestimmten die Szenerie. Zwei Bundeswehrsoldaten ließen unter einem Tarnnetz Kinder mit Waffennachbauten auf die Miniaturstadt schießen. Die Bundeswehr hatte ein Miniatur-Ortsschild für diese Stadt gebastelt: „Klein-Mitrovica“.

Die im Kosovo gelegene Stadt Mitrovica erlangte traurige Berühmtheit, als dort 1999 trotz Anwesenheit der KFOR albanische Nationalisten das gesamte Roma-Viertel des Ortes plünderten und zerstörten. Mehrere tausend Häuser wurden dabei zerstört, ca. 8000 Roma wurden aus dem Ort vertrieben.[1] 2004 wurden bei Anti-Serbischen Pogromen, die von Mitrovica ausgingen, viele Häuser und Einrichtungen der serbischen Bevölkerung zerstört, im ganzen Kosovo gab es viele Tote und hunderte zerstörte Häuser.[2]

Im Zuge der Besatzung Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg waren in Mitrovica ab April 1943 Truppen der 1. Gebirgs-Division der Wehrmacht, der auch die Bad Reichenhaller Gebirgsjäger angehörten, stationiert.[3] Die Vorgängerorganisation der heutigen (Bundeswehr)Gebirgstruppe war dort zur „Partisanenbekämpfung“ eingesetzt. Als Teil der Truppen des nationalsozialistischen Deutschlands waren die Gebirgsjäger an zahlreichen Massakern und Kriegsverbrechen, bspw. auf Kefalonia und auf Kreta beteiligt.

Erst vorletzte Woche hatte das RABATZ-Bündnis mit einer Demonstration auf die ungebrochene Verherrlichung der Wehrmacht durch die Bundeswehr und weite Teile der Reichenhaller Bevölkerung aufmerksam gemacht. (siehe AN 11-2011)

Die Sprecherin des Bündnisses, Anna Jade erklärt zu den Vorgängen: „Die Bundeswehr versucht, schon kleinen Kindern Spaß an Waffen und militärischer Gewalt zu vermitteln. Kindern im Rahmen des Kinderprogramms Waffen in die Hand zu geben und sie auf eine Miniaturstadt schießen zu lassen, ist ein unfassbarer Skandal. Die Bundeswehr hat die Miniaturstadt ‚Mitrovica‘ genannt. Sie verherrlicht damit im Kinderprogramm Pogrome. Dies ist eine widerwärtige Verhöhnung der Opfer. Wir haben in letzter Zeit mehrfach auf die Verherrlichung von Kriegsverbrechen in Bad Reichenhall aufmerksam gemacht. Durch den neuen Skandal sehen wir uns darin bestätigt, antimilitaristisch und antifaschistisch zu intervenieren. Wir fordern:

- die sofortige Schließung der nach dem SS-General Rudolf Konrad benannten General-Konrad-Kaserne in Bad Reichenhall
- eine kritische Aufarbeitung der Geschichte Bad Reichenhalls und ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.
- die sofortige Beendigung der Verherrlichung des Nationalsozialismus, der Wehrmacht und der Gebirgstruppe
- die sofortige Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Gebirgstruppen und ihrer Angehörigen
- ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Menschen, die aus dem Kosovo nach Deutschland gekommen sind, anstatt der Bagatellisierung der antiserbischen und antiziganistischen Pogrome
- die sofortige Beendigung von militaristischen Werbeaktionen der Bundeswehr, insbesondere gegenüber Kindern und Jugendlichen
- den sofortigen Rücktritt der für den Tag der offenen Tür verantwortlichen Personen der Bundeswehr.“

Mehr Infos auf der Homepage: www.badreichenhall.org ■

Anmerkungen:
1 vgl. Bericht auf der Homepage des UNHCR: http://www.unhcr.org/45f5743a4.html
2 Spiegel Online vom 22.3.2004: www.spiegel.de/spiegel/print/d-30285762.html ; vgl. Chronologie der Süddeutschen Zeitung vom 15.2.2008: http://is.gd/Redll4
3 vgl. Meyer, Hermann Frank: Blutiges Edelweiß – Die 1.Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg; Berlin 2008; S. 110ff.

Reaktionen

Nachdem das Rabatz-Bündnis den „Klein-Mitrovica-Skandal“ öffentlich gemacht hatte, reagierte die Bundestagsfraktion DIE LINKE umgehend und hat bereits eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung formuliert. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke erklärte: „Die Bundeswehr schlägt bei ihrer Nachwuchswerbung nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks, sondern sie tritt auch Kinderrechte mit Füßen.“ Sie forderte die Bundesregierung auf, diese ungeheuerliche Entgleisung in Bad Reichenhall umgehend zu sanktionieren. Die kleine Anfrage findet sich hier: *www.ulla-jelpke.de/uploads/BuWe_Mitrovica.pdf*

Aus dem Inhalt:

Linke Anfrage zur Naziszene in NRW – ernüchternde Antwort . . 7
Eckpunkte zur Neuausrichtung der Bundeswehr 14

Williamsons Berufungsverhandlung

Regensburg. Die Berufungsverhandlung des im vergangenen Jahr wegen Volksverhetzung verurteilten Bischofs der Priesterbruderschaft St. Pius X., Richard Williamson, soll nun am 4. Juli vor dem Landgericht Regensburg beginnen. Ob Williamson zur Verhandlung erscheinen wird, ist noch unklar. Wenn Williamson dem Prozess fernbleibt, muss das Gericht entscheiden, ob es in Abwesenheit des zu einer Geldstrafe Verurteilten verhandelt oder ob das Berufungsverfahren verworfen wird. *hma* ■

JN-Mahnwache in Krefeld

Krefeld. Erneut wollen Neonazis den Tod des kleinen Mirco aus Grefrath im Kreis Viersen aus propagandistischen Gründen ausschlachten. Der NRW-Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) will am 9. Juli aus Anlass des Prozessauftakts gegen den mutmaßlichen Mörder des Jungen gemeinsam mit dem NPD-Kreisverband Krefeld eine „Anti-Kinderschänder-Mahnwache" durchführen. Die Mahnwache mit der Forderung „Todesstrafe für Kinderschänder" soll von 15 bis 18 Uhr auf dem Krefelder Neumarkt stattfinden. Angekündigt werden die Reden von sieben Funktionären von NPD und JN. *hma* ■

„Pro NRW"-Demo in Herten

Herten. „Pro NRW" kündigt für den 17. September eine Demonstration im Hertener Stadtteil Langenbochum an. Unter dem Motto „Grundgesetz statt Scharia! – Islamisierung von Langenbochum stoppen!" will „Pro NRW" gegen den Bau einer DITIB-Moschee in dem Stadtteil demonstrieren. Zuvor hatten sich Akteure von „Pro NRW" an der Gründung einer Bürgerinitiative gegen den Moscheebau in dem Stadtteil beteiligt. Mit der Demonstration im September wolle man sich „an die Spitze des bürgerlichen Protests gegen fragwürdige Multi-Kulti-Projekte setzen", so „Pro NRW". *hma* ■

„Die Freiheit" im Gründungsfieber

Berlin. Die sich an dem niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders orientierende Partei „Die Freiheit" um Rene Stadtkewitz will noch in diesem Monat bundesweit Landesverbände gründen. Begleitet von antifaschistischen Protesten wurden bereits zu Beginn des Monats Landesverbände in Bayern und Baden-Württemberg gebildet. Als Gastredner in Bayern trat der Aktivist der rechtskonservativen Schweizer SVP, Oscar Freysinger, auf. Freysinger hatte 2008 in der Gratiszeitung „.ch" ein rassistisches Gedicht veröffentlicht, in dem es heißt: „Es hing am Laken des Kanaken / En ganzes Heer von Kakerlaken, / denn lebt wer in der eignen Kacke / entspricht das sehr deren Geschmacke, / sie schreiten krabbelnd zur Attacke / Und zeigen jedem faulen Sacke, / Der faul sich räkelt in der Schlacke, / den Ausweg aus seiner Baracke." In Stuttgart sprach Robert Spencer aus den USA, Leiter von „Stop Islamization America". Er sagte auch seine Teilnahme an einer Wahlkampfveranstaltung von „Die Freiheit" am 3. September 2011 in Berlin zu, auf der neben Freysinger auch Geert Wilders auftreten soll. *hma* ■

Naziaufmarsch in Gießen geplant

Frankfurt. Im Dezember 2010 trafen sich mehr als 50 Frankfurter AntifaschistInnen, um gemeinsam als Netzwerk im Bündnis Dresden Nazifrei zu agieren. Nach erfolgreicher Mobilisierung, Blockadetraining und einem Soli-Konzert, konnte das Netzwerk mit insgesamt 7 Bussen ab Frankfurt am Main nach Dresden fahren. Das Netzwerk der Frankfurter AntifaschistInnen ist bunt. Mit dabei sind Gewerkschaftsjugend, Parteijugend, autonome Gruppen, Studierendenverbände, Parteien und Anti-Nazi-Koordination.

Am 16. Juli 2011 will die hessische NPD gemeinsam mit den Jungen Nationaldemokraten (JN), unterstützt von „Freien Kräften", eine Demonstration unter dem Motto „Das System ist am Ende - Wir sind die Wende" in Gießen durchführen.

Das Netzwerk der Frankfurter AntifaschistInnen unterstützt den Aufruf des Bündnisses „Gießen bleibt Nazifrei" gegen den von der NPD und JN geplanten Aufmarsch. Ziel ist es, mit allen AntifaschistInnen aus Frankfurt und Umgebung am 16. Juli 2011 gemeinsam und entschlossen nach Gießen zu fahren, um den Naziaufmarsch zu verhindern.

weitere Infos auf: http://frankfurtermobi.blogsport.de/ ■

Mahntafeln sollen an Untaten von Wirtschaftseliten in der Zeit 1933 bis 1945 erinnern

Wuppertal. Mit Anträgen und Aktionen auf Straßen und Plätzen will die VVN-BdA ihre Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945" fortsetzen, in deren Rahmen mit örtlichen Mahnwachen, Publikationen und Bürgeranträgen zur Aufklärung über die Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945 aufgefordert wird. Folgende Bürgeranträge sollen auf den Weg zu gebracht werden:

1.) An den Rat der Stadt Oberhausen:

Es wird beantragt: Die Paul-Reusch-Straße wird umbenannt in Fasia-Jansen-Straße.

An einer geeigneten Stelle dieser Straße wird das NS-Opfer, die bekannte Oberhausener Volkssängerin Fasia Jansen (1929-1997) geehrt und zugleich begründet, warum die Straße nicht mehr nach Paul Reusch (1868-1956) benannt ist.

Reusch bekämpfte die demokratische Republik von Weimar und sprach sich schon früh für eine Zusammenarbeit mit der NSDAP aus. Die geheime Industriellengruppe „Ruhrlade" unterstützte die Diktaturpläne Franz von Papens und später Adolf Hitlers. Vor allem forderte er Schritte zum Krieg, ein großdeutsches Reich, schärfere Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Der Eingabe der Industriellen an Präsident Hindenburg mit der Forderung nach Kanzlerschaft Hitlers schloss er sich an. Auch seine Medien stellte er in den Dienst des Kampfes gegen die Demokratie.

2.) An den Rat der Stadt Mülheim:

Es wird beantragt: An geeigneter Stelle wird in Mülheim eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in Mülheim der Großindustrielle Emil Kirdorf (1847-1938) wirkte. Er war Bergbau- und Hüttenunternehmer und hatte schon seit 1923 Kontakt zur NSDAP, wurde 1927 Mitglied dieser Partei und verschaffte Hitler viel Geld und beste Kontakte zu anderen Industriellen, die dann seinen Aufstieg und den Weg Deutschlands ins Verderben förderten. Er war einer der Hauptförderer der NSDAP. Hitler nannte ihn seinen Lebensretter, weil Kirdorf auch privat Hitler finanzierte.

Derselbe Antrag soll auch an den Rat der Stadt Gelsenkirchen gestellt werden, da Kirdorf auch dort wirkte.

Beim Rat der Stadt Dortmund und der Bezirksvertretung Dortmund-Eving wird beantragt, in Dortmund-Eving an der sog. „Kirdorfsiedlung" eine Mahntafel anzubringen, die ebenfalls auf die Verstrickung Kirdorfs in die NS-Verbrechen hinweist.

Quelle: Beschluss der Landesausschusstagung der VVN-BdA NRW am 28. Mai 2011, www.vvn-bda.nrwde ■

Erklärung der FIR: Zum 70. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941 überfielen die Truppen Hitlerdeutschlands und ihrer Verbündeten die Sowjetunion. Damit begann das letzte Kapitel der Aggression des deutschen Faschismus gegen alle europäischen Völker. Doch dieser Krieg war nicht allein ein Er-

oberungskrieg um Raum und Ressourcen, es war von der Ideologie und Kriegsplanung ein Vernichtungskrieg gegen den „jüdisch-bolschewistischen“ Feind, in dem die Regeln der Haager Landkriegsordnung von Anfang an außer Kraft gesetzt waren. Die Generalität der Deutschen Wehrmacht machte mit dem Kommissarbefehl und dem Generalplan Ost, sowie dem Wirken der Einsatzgruppen deutlich, dass sie dieses Konzept des Vernichtungskriegs von Anfang an unterstützten.

Dieser Vernichtungswille zeigte sich in zahlreichen Mordaktionen, die reguläre Wehrmachtseinheiten und Einsatzgruppen des SD (Sicherheitsdienst der SS) gegen jüdische und slawische Bevölkerungsgruppen in den okkupierten Gebieten verübten.

Allein dem Massaker von Babi Jar fielen im September 1941 über 30.000 Menschen zum Opfer. Trotz anfänglicher Verluste und einem notwendigen Rückzug gelang es der sowjetischen Armee im Laufe des Jahres 1941 immer besser, der Wehrmacht militärisch entgegenzutreten. Im Dezember 1941 brachte sie in der Schlacht vor Moskau den Vormarsch der deutschen Truppen endgültig zum Stehen. Die Illusion eines „Blitzsiegs“ war geplatzt. In dieser Zeit vereinigten sich alle positiven Kräfte der Völker der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf gegen die Aggression. Dazu gehörten

- die mutig kämpfenden Truppen der Roten Armee. Nach dem Überfall meldeten sich tausende Freiwillige für die Verteidigung der Heimat.
- die Heimatfront, die durch enorme Anstrengungen in der Rüstungsproduktion den Truppen die notwendige Ausrüstung bereit stellte.
- die Partisaneneinheiten, die im Rücken der vorgerückten deutschen Einheiten begannen, die Versorgungswege zu blockieren und durch eigene militärische Aktionen eine große Zahl von Einsatzkräften im Hinterland banden.
- die heldenhafte Bevölkerung der Stadt Leningrad, die seit dem Herbst 1941 eine Blockade von 900 Tagen aushielt, bevor es gelang, die faschistischen Aggressoren zu vertreiben.

Im Februar 1943 siegte die sowjetische Armee unter riesigen Opfern unter Soldaten und Zivilisten in der Schlacht von Stalingrad. Die Schlacht von Stalingrad stellte einen historischen Wendepunkt in der Auseinandersetzung der Anti-Hitler-Koalition mit dem expansionistischen Anspruch des deutschen Faschismus dar und leitete die endgültige militärische Niederlage des Hitlerfaschismus und seiner Verbündeten ein.

In dieser Phase des Kampfes wurde die sowjetische Armee unterstützt von allen Kräften der Anti-Hitler-Koalition: von militärischen Verbänden der Länder, die noch vom deutschen Faschismus okkupiert waren, und selbst von deutschen Antifaschisten, die als Frontbeauftragte des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ versuchten, auf die deutschen Soldaten Einfluss zu nehmen.

Dieser gemeinsame Kampf endete erst im Mai 1945 mit der vollständigen militärischen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht.

Mit voller Berechtigung begehen daher die Völker Russlands und der anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion den 9. Mai als „Tag des Sieges“.

Die FIR grüßt alle ehemaligen sowjetischen Kriegsveteranen und Veteranen des antifaschistischen Kampfes, wir trauern um alle, die in diesem Kampf ihr Leben lassen mussten, und danken allen, die mit ihrem Handeln zum antifaschistischen Sieg beigetragen haben.

FIR – Féderacion Internationale des Résistants, www.fir.at ■



Nazi-Kundgebung in Braunschweig

Braunschweig. Nachdem die Nazis bis vors Bundesverfassungsgericht geklagt hatten, wurde ihnen für den 4. Juni eine Kundgebung von 12.00 bis 15.00 Uhr am Bahnhof in Braunschweig erlaubt. Möglich war die Durchführung aber nur aufgrund eines gewaltigen Polizeiaufgebots (über 5000 Polizisten waren im Einsatz). Mehrere Tausend GegendemonstrantInnen waren auf den Beinen, um ihren Protest zu zeigen. Um 10.00 Uhr fanden in unmittelbarer Nähe zum Braunschweiger Hauptbahnhof eine Kundgebung des DGB auf dem Berliner Platz und eine des Bündnis gegen Rechts am Schilldenkmal statt, an denen sich insgesamt über 5000 Menschen beteiligten. Gegen 12.00 Uhr zog eine Demonstration des DGB in die Braunschweiger Innenstadt, während über 500 Personen am Bahnhof blieben, um dort die Hetzreden der ungefähr 500 Nazis, weniger als erwartet, durch lautstarke eigene Beiträge zu übertönen. Da die Polizei den Nazi-Kundgebungsplatz weiträumig abgesperrt hatte, scheiterten alle Versuche, dichter an die Nazi-Kundgebung heran zu kommen.So wurde massiv verhindert, dass die GegendemonstrantInnen den Nazis zeigen konnten, dass sie hier nicht erwünscht sind.



Im Anschluss fuhren die Nazis weiter nach Peine, um dort noch einen Aufmarsch durchzuführen, den sie im Vorfeld bei der Stadtverwaltung Peine angemeldet und genehmigt bekommen hatten.

Vielen Protestierenden in Braunschweig war es jedoch nicht genug, sich nur in Braunschweig gegen die Nazis zu engagieren. Daher machten sich ab etwa 13.00 Uhr viele Menschen auf den Weg nach Peine.

Dort sammelten sich im Laufe des Nachmittags mehrere hundert GegendemonstrantInnen und versuchten auf die von Dieter Riefling angemeldete Route zu kommen, um den Naziaufmarsch zu verhindern.

Auch hier verhinderten weiträumige Absperrungen der Polizei Blockaden des Naziaufmarsches. Immer wieder drängte die massiv und sehr aggressiv auftretende Polizei diese Versuche zurück, so dass die Nazis letztlich mit starker zeitlicher Verzögerung aufmarschieren konnten.

Der Nachmittag in Peine war für die Antifaschistinnen und Antifaschisten geprägt von Absperrungen, Einsatz von Pfefferspray, Hunden und Schlagstöcken, Ingewahrsam- und Festnahmen. Insgesamt haben sich 39 Verletzte gemeldet. Es gab über 75 vorübergehende Ingewahrsamnahmen und über 10 Festnahmen sowie etliche Platzverweise.

Der 4. Juni hat mal wieder gezeigt, dass Naziaufmärsche nur stattfinden können, wenn sie durch ein großes und massiv auftretendes Polizeiaufgebot geschützt werden.

Es ist jedoch ein großer Erfolg der Mobilisierung des Braunschweiger Bündnis gegen Rechts, dass der Widerstand gegen den Naziaufmarsch so viele Menschen sowohl in Braunschweig als auch in Peine auf die Straße brachte.

Quelle: indymedia ■

NPD-Blatt nicht per Post

DRESDEN. Das Oberlandesgericht Dresden hat im Revisionsverfahren entschieden, dass die NPD auch weiterhin ihr Fraktionsblatt nicht über die Deutsche Post verteilen kann. Der Versuch, die vierteljährlich erscheinenden 200.000 Exemplare von „Klartext“ günstig als Presseerzeugnis verteilen zu lassen, scheiterte.

Das Gericht urteilte, entscheidend sei eine Trennung von Bericht und Meinung, im NPD-Blatt werde hingegen immer eine bestimmte Meinung zum Ausdruck gebracht, es handele sich nicht um eine Zeitung mit „presseüblicher Berichterstattung“.

Newsletter BAG Rechtsextremismus/ Antifaschismus, Antifa 6/2011 ■

Größter Naziaufmarsch in Brandenburg

BRANDENBURG. Der wahrscheinlich größte Naziaufmarsch in Brandenburg wird in diesem Jahr in Neuruppin stattfinden. Unter dem Motto „Vom Schuldkult zur Mitschuld“ versuchen die sogenannten „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ am 9.7.2011 mit revanchistischen Positionen die deutsche Kriegsschuld für den zweiten Weltkrieg zu leugnen. Für den jährlich wiederkehrenden Aufmarsch ist diesmal mit bis zu 350 Faschist_innen zu rechnen.

Als kleinen Vorgeschmack organisierten die Nazis am 11.6.2011 eine „Mahnwache“ und forderten auf dieser die Wiedereinführung der Todesstrafe. Bewusst populistisch wurden sexualisierte Gewalttaten gegen Kinder heraus gegriffen um „Vom Täter- zum Opferschutz – härtere Strafen für Sexualstraftäter“ zu fordern. Dass das faschistische Wunschdenken nicht bei der Todesstrafe gegen Sexualstraftäter stehen bleibt, verriet ein Transparent der Nazis. Dort hieß es: „Der Galgen muss so stark sein, dass er auch Schwerkriminelle ertragen kann und aushält!“

Glücklicherweise gibt es eine starke Zivilgesellschaft in Neuruppin. Und so konnten innerhalb kürzester Zeit 30 Antifaschist_Innen aller Altersgruppen auf den Kundgebungsort mobilisiert werden um die Naziveranstaltung angemessen zu stören. Neben jungen Antifas fand sich auch der Neuruppiner Bürgermeister ein, um gegen die Nazipräsenz zu demonstrieren.

Wir hoffen, dass sich diese Courage auch bei zukünftigen Naziaktivitäten und besonders am 9.7.2011 wiederholen wird. Wir laden alle ein an diesem Tag ein deutliches Zeichen gegen Faschist_Innen zu setzen!

Antifaschistische Recherchegruppe, Mehr Infos unter: http://recherche-opr@riseup.net ■

Hamburger NPD bleibt in Hand von Kameradschaftern

Am Sonntag den 29. Mai führte die Hamburger NPD ihren alljährlichen Landesparteitag durch. Seit dem Tod des ehemaligen Landesvorsitzenden, Nazianwaltes und Multifunktionärs Jürgen Rieger im Oktober 2009 hatte der Landesverband mit Torben Klebe nur einen kommissarischen Landesvorsitzenden. Laut NPD-Homepage war „lediglich das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden vakant“, welches vor Riegers Tod Klebe inne hatte und nun mit Thomas Wulff besetzt wurde. „Bei der guten Arbeit des Landesvorstandes in den vergangenen Jahren war es eine logische Konsequenz, daß alle sich erneut zur Wahl stellenden Landesvorstandsmitglieder mit überragenden Mehrheiten in ihren Ämtern bestätigt wurden,“ schreibt die Nazipartei weiter. Daraus lässt sich schließen, dass der neue Hamburger Landesvorstand der NPD fast identisch mit dem alten ist.

Der Landesvorsitzende Torben Klebe, selbständiger Handwerker mit dem Betrieb „Ökozeit“ in Bramfeld, kommt ursprünglich aus der verbotenen Kameradschaft „Hamburger Sturm“ und dem ebenfalls verbotenen Nazimusik-Netzwerk „blood & honour“. Als „blood & honour“ im Jahre 2000 verboten wurde, bekam Klebe die Verbotsverfügung persönlich zugestellt. In den folgenden Jahren organisierte er mehrmals Nazikonzerte in Hamburg. Bis 2008 betrieb Klebe außerdem einen Naziladen in Rostock. Klebe ist wegen des Vertriebes von indizierten Nazi-CDs verurteilt worden.

Sein neuer Stellvertreter Thomas Wulff, der sich nach einem Waffen-SS-Führer „Steiner“ nennt, ist diverse Male vorbestraft u.a. wegen Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Beleidigung. Zuletzt wurde am 8. April 2010 ein Urteil des Amtsgerichts Passau rechtskräftig, weil Wulff eine Hakenkreuzfahne gezeigt hatte. Wulff warb ab 2004 bundesweit bei militanten Nazi-Kameradschaften für den Eintritt in die NPD. Jahrelang war er im Bundesvorstand für den Kontakt in die gewaltbereite Szene verantwortlich und trug somit maßgeblich zur Radikalisierung der NPD bei. Vor einem Monat jedoch überwarf sich Wulff mit dem mehr parlamentarisch als aktionistisch ausgerichteten Bundesvorstand der NPD und erklärte seinen Austritt aus diesem Gremium. Wulff bezeichnet sich als „nationalen Sozialisten“ und leitete in Hamburg zuletzt den rassistischen Bürgerschaftswahlkampf der NPD in diesem Jahr. Dabei bedrohte Wulff mit zwei weiteren Kameraden einen protestierenden Ladenbesitzer mit einer Axt.

Schatzmeisterin Andrea Schwarz führt seit 10 Jahren das ziemlich leere Partei-Konto bei der stadteigenen HSH-Nordbank und wurde schon von Jürgen Rieger für ihre Tätigkeit gelobt. Als alte und neue Beisitzer dürften Jan Zimmermann und Ute Nehls bestätigt worden sein. Der 34-jährige Zimmermann engagiert sich seit mindestens 2005 für die Nazipartei, nimmt häufig an Aufmärschen, auch als Ordner teil und kandidierte zuletzt 2009 für die NPD zur Bundestagswahl. 2006 wurde wegen Beleidigung der Polizeiführung als „unzurechnungsfähig und blöd im Kopf“ gegen ihn ermittelt. Die zweite Frau im Landesvorstand, die 50-jährige Nehls, kandidierte ursprünglich schon 1998 für die DVU in Mecklenburg-Vorpommern, später für die NPD in Schleswig-Holstein und engagiert sich seit 2007 in Hamburg für die Partei.

Mit der Doppelspitze Klebe und Wulff bleibt der Landesverband fest in der Hand des militanten Kameradschaftsflügels, ehemalige Mitglieder der zum Jahreswechsel fusionierten DVU sind anscheinend ohne Posten geblieben. Hinzu kommt, dass die Geschäftsstelle der Hamburger NPD seit mehreren Jahren ebenfalls von einem ehemaligen Kameradschafter aus dem „Hamburger Sturm“ geführt wird. Jan-Steffen Holthusen, wegen Körperverletzung vorbestraft, gilt laut Aussteiger-Aussagen als der eigentliche Strippenzieher des Landesverbandes. Öffentlich tritt er eher zurückhaltend und auch mal adrett mit Krawatte und Anzug auf. Dies dürfte weniger seiner Abkehr von radikalen Positionen geschuldet sein, als der Angst um seinen Arbeitsplatz bei der Versicherung Hamburg-Mannheimer, heute Ergo, den er 2009 fast verlor. In Nazikreisen gilt er als Hitlerverehrer und „bester SA-Mann der Stadt.“

Als nächster Schwerpunkt wurde beim Parteitag die Unterstützung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern beim Wahlkampf beschlossen. Dort hofft die Partei bei den Landtagswahlen im September auf den Wiedereinzug ins Parlament. Zu diesem Thema hatte man auch den dortigen Landesvorsitzenden MdL Stefan Köster als Gastredner eingeladen. In Hamburg selbst verhält sich die NPD seit dem blamablen Abschneiden bei der letzten Bürgerschaftswahl – sie erreichte nicht mal die Grenze der Wahlkampf-Kostenerstattung von 1 % – ziemlich ruhig. Die Teilnahme von 50 Personen am Parteitag, also einem guten Drittel des Landesverbandes, und die Kontinuität im Vorstand lassen aber erwarten, dass die Nazipartei bei Bedarf weiterhin handlungsfähig bleiben wird.

Felix Krebs ■

Demo und Störaktionen gegen Pax Europa und PI

Stuttgart. Am Donnerstag, dem 2. Juni fand in Stuttgart eine antirassistische Demonstration mit ca. 300 Teilnehmern statt. Im Anschluss kam es zu Protesten und Störaktionen gegen eine Kundgebung der antiislamischen und rassistischen „Bürgerbewegung Pax Europa“ sowie dem Netzwerk „Politically Incorrect (PI)“. Die Kundgebung musste deutlich verkürzt werden und war aufgrund der Gegendemonstranten kaum verständlich.

Um 14 Uhr versammelten sich über 300 AntirassistInnen in der Stuttgarter Lautenschlagerstraße. Nach einem Redebeitrag des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region sowie einem Musikbeitrag zog die Demonstration über die Theodor-Heuss-Straße und den Rotebühlplatz zum Marktplatz. Dort angekommen legte ein Großteil der TeilnehmerInnen einen Sprint über die Schulstraße auf die Haupteinkaufsmeile Königstraße hin. Dort wurden sie durch eine Hundertschaft der Polizei aufgehalten. Dennoch gelang es mehreren hundert Antifaschisten nach und nach zum Stuttgarter Schlossplatz durchzusickern.

Auf dem Schlossplatz war die Bühne für die Rassistenkundgebung bereits aufgebaut. Ein Gruppe Gegendemonstranten besetzte kurzerhand die Bühne, welche kurz darauf durch die Polizei abgeriegelt wurde. Gleich darauf wurde die Bühne unter massiver Polizeigewalt geräumt. Alle BesetzerInnen wurden in Gewahrsam genommen, teilweise mit schwersten Verletzungen. Vor der Bühne skandierten etwa 300 GegendemonstrantInnen antifaschistische Parolen und eine Sambagruppe trommelte. Es kam immer wieder zu Konfliktsituationen zwischen AntirassistInnen und den Anhängern der „Bewegung Pax Europa“ und „Politically Incorrect“. Die Polizei schirmte den Bühnenbereich mit einem Großaufgebot ab. Immer wieder wurden TeilnehmerInnen der Gegenproteste festgenommen. Kurzzeitig nahm die Polizei sogar den Bundestagsabgeordneten Michael Schlecht (DIE LINKE) fest, obwohl sich dieser zuvor ausgewiesen hatte.



Mit deutlicher Verspätung trat eine Gruppe Rassisten auf die Bühne und hielten eine kurze Kundgebung ab. Aufgrund der Geräuschkulisse waren die Redebeiträge kaum zu verstehen.

Ein Sprecher des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Stuttgart und Region wertete den Auftakt zu den bis Sonntag angesetzten Gegenprotesten als Erfolg und kritisierte das vollkommen unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei. Über 18 GegendemonstrantInnen wurden in Gewahrsam genommen und mehrere Personen mussten stationär in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Antifaschistische Aktion (Aufbau) Stuttgart, Bündnis „no racism in stuttgart“, linksunten.indymedia.org

Ein Augenzeugenbericht

Der Kreisverband Stuttgart der Linkspartei veröffentlicht auf seiner Internetseite folgenden Bericht von der Aktion gegen die Antiislamisten am Samstag, den 4. Juni:

Am Samstag versammelten sich um 10.30 Uhr Mitglieder verschiedener Jugendgruppen aus Baden-Württemberg für eine Kundgebung vor dem Bürgerzentrum Stuttgart-Feuerbach, wo die menschenverachtende Hetze gegen Muslime im Rahmen des so genannten „islamkritischen Wochenendes“ mit einem „Seminar“ fortgesetzt werden sollte.

Es stellte sich jedoch heraus, dass das Bürgerzentrum Feuerbach in Folge heftiger Proteste inzwischen die Verträge für die vorgesehenen Veranstaltungsräume gekündigt hatte und die Veranstaltung in Räumlichkeiten der in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Piusbruderschaft in Stuttgart verlegt worden war. Eine Gruppe von etwa 30 Menschen, überwiegend Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, begab sich daraufhin in den von zwei Seiten öffentlich zugänglichen und begehbaren Kircheninnenhof der Piusbruderschaft Stuttgart und skandierte in Anwesenheit mehrerer Journalisten friedlich Parolen gegen Rassismus und Homophobie. Nach kurzer Zeit erschien ein Piusbruder, der sich den kritischen Fragen der Anwesenden sowie immer wieder aufflammenden Rufen gegen Homophobie stellte und sich sogar mit einzelnen BesucherInnen auf die Treppe vor der Kirche setzte.

Zur Überraschung der Anwesenden erschienen innerhalb kürzester Zeit über 20 PolizistInnen auf dem Gelände, die sich auf einer Seite des Innenhofes positionierten und zunächst nicht eingriffen.

... Ohne jede wahrnehmbare Vorankündigung und Erklärung von irgendeiner Seite begann die Polizei plötzlich mit der Verhaftung aller anwesenden Besucherinnen. Es ging lediglich das Gerücht um, die Piusbruderschaft habe Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. ... Insgesamt kann von einer „gewaltsamen Besetzung der Piusbruderschaft“, wie sie von regionalen Medien teilweise kolportiert wird, überhaupt keine Rede sein.

Quelle gesamt: Lokalberichte Stuttgart 12-2011(gekürzt) ■

Gegen wen richtet sich der Protest?

Vom 2. Juni bis zum 5.6. veranstaltete der rechtspopulistische Verein „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) zusammen mit der Stuttgarter Gruppe der Internetseite „PI“ einen Anti-Islam-Kongress in Stuttgart. 2008 hat sich der Verein „Pax Europa“ mit dem „Bundesverband der Bürgerbewegungen“ (BDB) zusammengeschlossen. BDB war der Dachverband von Bürgerinitiativen, die gegen Neubauten von Moscheen kämpfen. Der im Badischen ansässige Verein versorgt über einen eigenen Verlag die Öffentlichkeit mit Büchern über die angeblichen Machenschaften der Muslime. Vernetzt ist die Internetseite des Vereins mit der wichtigsten anti-islamischen Internetseite Deutschlands „politically incorrect“ (PI). Selbstformuliertes Ziel von PAX Europa ist es, „die Öffentlichkeit ... wertneutral über die Ausbreitung des Islam in Europa und die damit verbundenen Folgen für das Staatswesen“ zu „unterrichten“. In Wirklichkeit handelt es sich um ausgrenzende rassistische Hetze, die sich vor allem gegen die Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund richtet. (Originalton: „Warum haben wir eigentlich fast 4 Millionen Türken bei uns?“) Jubel für Sarrazin und die Forderung nach weiterer Zuwanderungsbeschränkung sind selbstverständlich.

Am Donnerstag, den 2. Juni, sollte der Kongress „Christenverfolgung“ mit einer Auftaktkundgebung um 16 Uhr auf dem Stuttgarter Schloßplatz eröffnet werden. Als Hauptredner war der amerikanische Publizist Robert Spencer angekündigt. Er ist Direktor des islamfeindlichen amerikanischen Internetseite „Jihad Watch“, die ebenfalls von PI verlinkt ist. 2007 nahm Spencer an einer „Anti-Islamisierungs- Konferenz“ teil, wo er sich auch mit Vertretern von Vlaams Belang und der BNP traf. Bei dem Kongress sollte es auch um die internationale Vernetzung gehen. Berichte von Vertretern aus Dänemark, England und Holland über ihre Aktivitäten gegen den Islam waren angekündigt und als besonderer Gast René Stadtkewitz aus Berlin.

nach Informationen von VVN-BdA, Stadtjugendring und Jusos ■

Eindrücke aus den USA

Ein politischer Reisebericht

Nach 24 Jahren verschlägt es mich wieder in die USA: In Amherst – ca. 150 Kilometer von Boston entfernt – referiere ich im Rahmen der Konferenz der WAPE (World Association for Political Economists) über internationalen Rechtsextremismus. Ich benütze meinen knapp zweiwöchigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, um mir ein Bild von der politischen Lage im Land zu machen.

Drei Tage in Boston verwende ich vor allem dazu, um mich mit der amerikanischen Geschichte näher vertraut zu machen. Boston ist ein guter Ort dafür – hier kamen die pilgrim fathers an, hier begann der Unabhängigkeitskampf gegen England – u.a. mit der legendären tea party (die rebellischen Siedler kippten den Tee ins Meer, um gegen die erhöhten Steuern Englands zu protestieren).

Auf dem über vier Kilometer langen freedom trail kann man/frau gut die Stationen des Unabhängigkeitskampfes verfolgen – ein bürgerliche Erhebung gegen die Kolonialmacht. Nichts kann daher historisch verdrehter sein, wenn die aktuelle rechtsextreme/rechtspopulistische tea party movement mit ihrer Gallionsfigur Sarah Palin an der Spitze sich als Nachfolge der damaligen revolutionären Ereignisse geriert. War das Eine eine Etappe der bürgerlichen Revolution ist das Andere ein hässliches Stück bürgerlicher Reaktion.

Das Zentrum Bostons – vor allem seine historischen Stätten – ist gepflegt, verlässt man jedoch den Stadtkern, ist man/frau mit dem konfrontiert, was Alexander Mitscherlich so treffend als die „Unwirtlichkeit der Städte" beschrieben hat: keine oder kaum Stadtplanung, ausufernder Individualverkehr, Straßen und Autobahnen, die den Entwicklungs-Rhythmus vorgeben, Einkaufszentren statt öffentlicher Orte etc. Weniger fein lässt sich die Unwirtlichkeit auch als „wie hingeschissen" benamsen.

In Amherst – einem Universitätscampus mit über 20 000 StudentInnen – findet die internationale Konferenz der WAPE statt. Das Fundament der WAPE ist eine Achse zwischen relativ offenen MarxIstinnen aus der Volksrepublik China und MarxistInnen aus den USA. Das diesjährige Thema ist „Neoliberalismus und darüber hinaus".

Wie schon auf dem Uni-Campus in Harvard/Cambridge fällt mir auch hier das Fehlen politischer Plakate oder Aufschriften auf. In Harvard sah ich gerade mal eine Ankündigung für ein meeting zur Verteidigung des öffentlichen Unterrichts.

Im Rahmen der WAPE-Konferenz erzählen US-GewerkschafterInnen von einer gestiegenen Sensibilisierung in der Bevölkerung und AktivistInnen der KP der USA (nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder) berichten von einem erhöhten Interesse für die Partei – von einem politischen progressiven Ruck nach der Enttäuschung über Obama ist jedoch nichts zu bemerken.

Eine junge schwarze Filtmtexterin – aus Jamaika stammend und in Brooklyn / New York wohnend – schildert mir, was der Grund dafür sein kann: „ Die meisten einfachen Leute, verschuldet bis über die Ohren, verwenden den Großteil ihrer Zeit dazu, um sich irgendwie über Wasser zu halten".

In einer Situation der anhaltenden ökonomischen Krise (die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei über 9 Prozent) , der ausufernden Obama-„Kompromisse" und Null Gegen-Mobilisierung ist es kein Wunder, dass die Demagogie der tea party auf fruchtbaren Boden fällt. Mit ihrer Mischung aus Pseudo-Individualismus, „Pionier"geist, evangelikaler Ergriffenheit, Parolen „gegen die da oben" und einem kräftigen Schuss Rassismus – kann sie ein nicht unwesentliches Segment der Orientierungslosen ansprechen.

Hinzu kommt das Spezifikum Sarah Palins, der Exgouverneurin von Alaska und ehemaligen Vizepräsidentschaftskandidatin: ihr – geplant – unkonventionelles, an Jörg Haider erinnerndes Auftreten (so nahm sie kürzlich in Washington mit Helm an einem Treffen von Motorbikern teil), lässt das traditionelle Establishment der Republikaner alt aussehen.

Bis zu den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr ist es sicher noch weit und aktuell braucht Obama nach der Tötung Osama Bin Ladens nicht bang zu sein.

Es besteht jedoch keinerlei Grund, die Gefahren, die von der extremen Rechten kommen, zu negieren. Vor allem deshalb, weil bislang von einer agilen, geschweige denn breiten Linken nichts zu sehen ist.

Hermann Dworczak ■

Rechtes Seminar zu „Strategien"

Dresden/Meißen: Das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V., das unter der Ägide der sächsischen NPD-Landtagsfraktion agiert, führte am 28./29. Mai im Landkreis Meißen sein erstes diesjähriges Seminar zum Thema „Strategien" durch. Die politische Zusammensetzung der 40 vorwiegend jüngeren Teilnehmer erstreckte sich dabei vor allem auf den rechten Rand (nach Angaben der Veranstalter Nationalkonservative, Nationalliberale, nationale „Solidaristen", Neo-Strasseristen). Das Thema sei aufgegriffen worden, um dem offenkundig im rechten Spektrum vorhandenen Bedürfnis nachzukommen, die strategischen Fehler der Vergangenheit einer Analyse zu unterwerfen und Schlussfolgerungen für die künftige strategische Ausrichtung zu ziehen. Ziel müsse sein, über die „klassischen" Zielgruppen hinaus einen Durchbruch in die "gesellschaftliche Mitte" zu schaffen. Als Redner traten zunächst der zur NPD übergelaufene ehemalige SPDBürgermeister Hans Püschel, der vor pauschaler Ausländerhetze warnte, der Mitarbeiter aus der Dresdener Fraktion Dr. Olaf Rose, der sich mit den Strategien bei Clausewitz beschäftigte, ein Unternehmensberater und ein Sozialpädagoge auf. Am Folgetag sprachen der frühere NPD-Chefideologe Jürgen Schwab (Chefredakteur von „Hier & Jetzt"), Arne Schimmer von der Landtagsfraktion, der saarländische NPD-Vorsitzende Frank Franz und der Bildungswerk-Vorsitzende Thorsten Thomsen. Während der kürzlich in die Kritik geratene Franz die Aufgabe einer Partei wie der NPD als „Wahlpartei" definierte, betonte auch Schimmer, dass die NPD das integrative „Konzept Rechtspartei" verfolgen müsse, nicht das ausschließende Konzept Weltanschauungspartei. Letzteres sei gescheitert. Positiv bezog er sich auf die FPÖ. Im Ergebnis auch konträrer Auffassungen zu Definitionen (zu „Sozialismus" oder „nationalliberal") hielt man fest, dass das „Oberziel" der „Erhalt des deutschen Volkes" sei und „bleibe".

Justiz

Berlin. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verurteilte am 23. Mai die NPD zur Zahlung von 2,5 Millionen Euro aufgrund eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts. Das Gericht revidierte damit das Urteil der Vorinstanz und gab so einem Berufungsantrag der Bundestagsverwaltung statt. Laut Pressemitteilung des Bundestages habe die NPD nicht den „spezifischen Transparenzanforderungen des Parteiengesetzes genügt und insgesamt im Umfang von 1.252.399,55 Euro unrichtige Angaben über ihre finanziellen Verhältnisse gemacht". Das Parteiengesetz schreibt in diesem Falle Strafzahlungen in doppelter Höhe vor.

Da die NPD ihre schwere Niederlage nicht einfach hinnehmen wird, wird sich wahrscheinlich auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig damit befassen müssen.

Eine Revision gegen das Urteil hat das OVG zugelassen.

aus Newsletter BAG Rechtsextremismus/ Antifaschismus DIE LINKE, 6/2011 ■

Unbefriedigende Antwort

DIE LINKE fragte die nordrhein-westfälische Landesregierung nach Erkenntnissen über die Naziszene. Die Antwort fiel ernüchternd aus

von Anna Conrads

Die „rot-grüne" Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (NRW) setzt den Kurs ihrer Vorgängerregierung uneingeschränkt fort und verharmlost die neofaschistischen Strukturen und Aktivitäten im bevölkerungsreichsten Bundesland weiterhin. Zu keinem anderen Fazit kann kommen, wer die Antwort des Innenministeriums auf die Große Anfrage liest, die die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW an die Landesregierung gestellt hat und mit der sie Informationen über den aktuellen Zustand der Naziszene erhalten wollte.

So entsteht aufgrund der Antwort der Landesregierung der Eindruck, dass man von Staatswegen die neofaschistischen Aktivitäten unter Kontrolle habe. Die Realität sieht jedoch – etwa in Dortmund und der Region Aachen – anders aus. Dort kommt es regelmäßig zu massiven Bedrohungen und Gewalttaten durch Neonazis.

So mussten etwa in Dortmund bereits zwei Familien aus dem Stadtteil Dorstfeld flüchten, da sie dort kontinuierlichen Angriffen und Bedrohungen der lokalen „Autonomen Nationalisten" ausgesetzt waren. Regelmäßig kommt es zudem zu Anschlägen auf alternative Cafés, Buchläden, Parteibüros sowie Privatwohnung von Fahrzeuge von Nazigegnerinnen und -gegnern.

Geschönte Statistiken

DIE LINKE erfragte außerdem, wie viele Menschen genau zwischen 1995 und 2010 in Nordrhein-Westfalen von Neonazis ermordet wurden. Die Antwort hingegen ist nicht nur ernüchternd, sondern schlicht und ergreifend falsch.

So sind für besagten Zeitraum einzig zwei Tötungsdelikte und acht versuchte Morde in der Statistik des Landeskriminalamtes erfasst worden. Nicht als politischer Mord gewertet werden indes die Erschießung von zwei Polizeibeamten und einer -beamtin durch den Dortmunder Neofaschisten Michael Berger im Jahr 2000, sowie der Mord am Punk Thomas Schulz, der 2005 vom Neonazi Sven Kahlin in Dortmund erstochen worden war. Dabei ist ein neofaschistischer Hintergrund bei allen besagten Fällen gegeben.

So wurde Michael Berger, der sich im Anschluss an seine Tat selbst erschoss, von den örtlichen Nazikadern mit einem Aufkleber geehrt, auf dem „3:1 für Deutschland! Berger war ein Freund von uns! Kameradschaft Dortmund" zu lesen stand und der im gesamten Innenstadtgebiet der Ruhrgebietsmetropole verklebt wurde.

Ähnlich eindeutig verhält es sich im Fall von Sven Kahlin. Dieser hatte sich 2005 am Dortmunder U-Bahnhof Kampstraße aus politischen Gründen ein Wortgefecht mit dem Punk Thomas Schulz, genannt „Schmuddel", geliefert und sodann auf ihn eingestochen. Der kürzlich aus der Haft entlassene Rechtsextremist war darüber hinaus erst vor wenigen Wochen an einem Angriff auf die alternative Kneipe „Hirsch-Q" beteiligt.

Jedoch klaffen keineswegs nur in puncto mörderischer Gewalt der Nazis die Einschätzungen von Antifaschisten und Landesregierung deutlich auseinander. So behauptet die Landesregierung allen Ernstes, dass durch die Polizei mit dem Gros der Nazigegner, die derzeit von den Neofaschisten auf einschlägigen Internetseiten mit Fotos und privaten Daten geoutet werden, Gespräche geführt worden seien. Dies entspricht beispielsweise bei vielen der Betroffenen aus dem Raum Dortmund keineswegs der Wahrheit. Auch die Behauptung, dass Anschläge auf Privatwohnungen von Nazigegnern, bei denen rechte Symbolik und Parolen hinterlassen wurden, explizit als rechte Gewalt aufgenommen wurden, trifft nicht zu.

Ebenso wenig ist zutreffend, dass es in Dortmund einzig 30 Anhänger der militanten „Autonomen Nationalisten" aktiv seien. Schließlich verfügen die Neofaschisten nicht nur über ein „Nationales Zentrum" im Stadtteil Dorstfeld, sondern rund um den dortigen Wilhelmplatz über diversen Wohngemeinschaften. Zudem war es den Nazis in der Vergangenheit bereits öfter gelungen, für spontane Aktionen kurzfristig bis zu 100 Personen zu mobilisieren.

Erst vor wenigen Wochen hatte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) den sogenannten Verfassungsschutzbericht für das vergangene Jahr vorgestellt. Die darin veröffentlichten Einschätzungen und Daten decken sich mit den Antworten, die DIE LINKE auf ihre Anfrage erhielt.

Neben der neofaschistischen NPD, die über etwa 750 Mitglieder verfügt, beschäftigt sich der Bericht mit den „Autonomen Nationalisten", deren regionale Schwerpunkte das „Landesamt für Verfassungsschutz" in der Region Aachen und Dortmund ausmacht.

Insgesamt seien in NRW etwa 4020 Rechtsextremisten aktiv, so die Behörde. Jäger berichtete zudem von insgesamt 2890 von Neonazis begangenen Straftaten, wobei die Zahl rechter Sprengstoffdelikte von zwei Fällen im Jahr 2009 auf sechs im vergangenen Jahr verübte Delikte anstieg.

Ohne Konsequenz

Beispielhaft wusste Jäger auch von Überfällen auf linke Kneipen und Veranstaltungen in Dortmund und Wuppertal durch Rechte zu berichten. Dennoch warnte er – ganz der vorherrschenden Extremismustheorie verpflichtet – allgemein vor einer „neuen Qualität der Gewaltbereitschaft" zwischen Neonazis und ihren Gegnern.

Der selbsternannten Bürgerbewegung „pro NRW", die vor allem mit antimuslimischem Rassismus auf Stimmenfang geht, bescheinigte Jäger indes „tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen". So sei es der Schwerpunkt von „pro Köln" und „pro NRW", die zusammen etwa 350 Mitglieder zählen sollen, auch im vergangenen Jahr gewesen, „Vorurteile über Muslime



Blockade am „Nationalen Antikriegstag 2010" im Hauptbahnhof in Dortmund, die vom Bündnis „Dortmund stellt sich quer" organisiert wurde

zu verbreiten“ und „Ängste zu wecken oder zu verstärken“. Erst im Februar hatte das Oberverwaltungsgericht Münster in einem Urteil festgestellt, dass „insbesondere Parteiprogramm und Öffentlichkeitsarbeit“ von „pro NRW“ erkennen ließen, dass die Partei „Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetze und ausgrenze, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet werde“.

Fazit

Als erstes – das hat die Antwort der Landesregierung noch einmal verdeutlicht – muss das Problem von den Verantwortlichen in Politik, Polizei und Justiz erst einmal wahr- und ernstgenommen werden und die permanente Untertreibung bezüglich neofaschistischer Aktionen und Bedrohungen umgehend beendet werden.

Schnellstmöglich müssen zudem im Raum Dortmund und Aachen qualifizierte und fachgerechte Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt eingerichtet werden, was DIE LINKE bereits mehrfach im Rahmen parlamentarischer Aktivitäten gefordert hat.

In diesem Jahr sind auf Druck der LINKEN erstmalig 300.000 Euro in den Haushalt eingestellt worden, um entsprechende Beratungsangebote zu schaffen. Bisher liegt allerdings weder ein inhaltliches Konzept, noch ein Zeitplan vor. Ob dies – besonders von Seiten der SPD – noch verwirklicht wird, ist fraglich.

So hatte das Innenministerium in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN angegeben, keine qualifizierte Beratung für Naziopfer anbieten zu wollen, da sich Betroffene ja beispielsweise an den Weißen Ring wenden könnten. Dies, obwohl sich Opfer der neofaschistischen Attacken bereits des Öfteren an Beratungsstellen in anderen Bundesländern wenden mussten, wie es etwa bei einer Dortmunder Familie war, die unentwegt Angriffen und Bedrohungen durch die im Stadtteil Dorstfeld stark verwurzelten militanten „Autonomen Nationalisten“ ausgesetzt war.

Anna Conrads, MdL, ist Sprecherin für Innen- und Rechtspolitik der LINKEN im NRW-Landtag
Informationen: www.anna-conrads.de ■



Wolfgang Zimmermann, Fraktionssprecher der LINKEN protestiert gegen den Polizeieinsatz bei der Blockade im Bahnhof Dortmund beim „Nationalen Antikriegstag“

Auch in diesem Jahr organisiert das Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ am 3. September Gegenaktionen und ruft dazu auf, den „Nationalen Antikriegstag“ mittels Blockaden zu verhindern. Am 2.9. findet eine antifaschistische Vorabenddemo statt.
Informationen unter http://dortmundquer.blogsport.de/

Front National:

Neue internationale Kontakte zur FPÖ und zum Vlaams Belang

Innerparteilich droht „nazistischen“ Elementen unterdessen die „Säuberung“

Keine Lust mehr auf Folklore: Dies erklärte, sinngemäß, die französische rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen auf einer Pressekonferenz am Mittwoch, den 8. Juni im Europaparlament an der Seite des Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Als „Folklore“ wird in den Kreisen der extremen Rechten die Verwendung von offenen Nazisymbolen und anderen „belasteten“ Zeichen, Kleidungsstücken oder -stilen bezeichnet.

„Ich möchte sämtlichen Bewegungen, die nicht auf demselben grundsätzlichen Kurs wie wir (fahren) oder die nicht den genügenden Ernst aufweisen, um mit uns zusammen zu überlegen, den Rücken kehren. Ich möchte mit glaubwürdigen und führenden Parteien zusammenarbeiten.“ Dies erklärte die seit Januar dieses Jahres amtierende Chefin des Front National (FN) anlässlich der o.g. Pressekonferenz. An ihrer Seite saß dabei FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache.

Und doch kam es, bei allem Abschwören gegenüber Nazi„folklore“, auch gleich wieder zum Eklat. Neugierige Journalisten wollten nämlich von Herrn Strache wissen, was er von der Tatsache halte, dass die FPÖ-Stadträte in der niederösterreichischen Stadt Amstetten sich am 24. Mai 2011 bei einer – ansonsten einstimmig ausgefallenen – Abstimmung demonstrativ ihrer Stimmen enthielten. Die FPÖ zählt fünf Stadträte dort, von denen zwei bei der fraglichen Sitzung anwesend waren. Gegenstand des Votums war das Anliegen, mit einiger historischer Verspätung Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde der Stadt wieder zu entziehen. Formell beriefen die Mandatsträger der FPÖ sich dabei darauf, rechtlich sei eine Ehrenbürgerschaft ohnehin „mit dem Tod der betreffenden Person erloschen“. FPÖ-Stadträtin Brigitte Kashofer gab ihrem Stimmverhalten dabei noch eine weitere ideologische Komponente: Es sei „nicht notwendig, immer über die Vergangenheit zu reden, schließlich habe sich das der anständige Amstettner Bürger nicht verdient.“ Als sich herausstellte, dass eine Enthaltung laut Geschäftsordnung nicht möglich sei, hatte sie sogar mit Nein gestimmt. (Dagegen stimmten am 30. Mai in Waidhofen an der Ybbs alle im Kommunalparlament vertretenen Parteien, die FPÖ dieses Mal eingeschlossen, einem entsprechenden Antrag zu.)

Die journalistische Nachfrage sei eine „Provokation“, tobte Strache in Strasbourg deswegen. Marine Le Pen pflichtete ihm bei, es sei „kurios“, dass sofort die Sprache auf Hitler komme. Als Journalisten auf ihre Vorwürfe bezüglich angeblicher Manipulation durch die anwesende Presse um einen sachlicheren Tonfall ba-

ten, wurde die FN-Chefin nahezu ausfällig. Man verbitte es sich, dass einem „moralische Lehren“ erteilt würden, und die Journalisten müssten sich schon gefallen lassen, „dass wir antworten, wie es uns gefällt“.

Auf der Suche nach den Unfolkloristischen

Unter die Rubrik „folkloristisch“ fällt dabei in Zukunft wohl eine Partei wie die „Swoboda (Freiheit) – Allukrainische Union“ aus der Ukraine unter dem Vorsitz von Oleh Tjahnybok. Eine Abordnung dieser Vereinigung, die bis im Februar 2004 noch auf den Namen „Sozialnationale Partei der Ukraine“ hörte, war am 23. November 2009 in Nanterre am Parteisitz des französischen FN empfangen worden. Die stark naziähnliche, antisemitische, aber auch antirussische und national-isolationistische Partei hat jedoch bei den Parlamentswahlen in der Ukraine von 2007 nur 0,76 % der Stimmen im landesweiten Durchschnitt erhalten. (Allerdings erreicht sie auf lokaler Ebene höhere Einzelergebnisse, besonders ihre 35 % im westukrainischen Gebiet Ternopil, bei den Regionalwahlen vom 15. März 2009.) Ihr Chef Oleh Tjahnybok erhielt als Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen 2010, im ersten Wahlgang vom 17. Januar, 1,43 % der Stimmen.

Unter ihrem früheren Vizepräsidenten mit Zuständigkeit für internationale Beziehungen, Bruno Gollnisch, der im Januar dieses Jahres als Kandidat für den Chefposten der Partei gegen Marine Le Pen unterlag, wurden solche Kontakte gepflegt. Doch die neue Chefin interessieren Verbindungen zu solcherart „belasteten“, und mickrigen, Parteien nicht sonderlich. Eher sogar überhaupt nicht.

Marine Le Pen sucht den Kontakt zu jenen Rechtsaußenparteien, die hohe Stimmenanteile bei den Wähler/inne/n erzielen können. So traf sie am 24. Mai dieses Jahres mit dem Führungspersonal des belgisch-flämischen Vlaams Belang (VB) zusammen. Bereits am 14. März hatte Marine Le Pen zusammen mit einem italienischen Europaparlaments-Abgeordneten der Lega Nord, Mario Borghezio, die Insel Lampedusa – Durchgangsstation für Migranten aus Nordafrika – besucht.

Hingegen verweigerte ihr die Schweizerische Volkspartei (SVP) bislang den offiziellen Kontakt, obwohl Marine Le Pen ihn suchte und ein Treffen arrangieren wollte. Die SVP ist in europäischen rechtsextremen Kreisen beliebt und gilt sogar als Erfolgsmodell, seitdem sie bei den – von ihr initiierten – Volksabstimmungen vom 29. November 2009 (Referendum zum Verbot von Minaretten) und am 28. 11. 2010 zur automatischen „Ausschaffung krimineller Ausländer“ jeweils Mehrheiten organisieren konnte. Von ihrer Geschichte her ist die SVP eher eine rechtsbürgerliche Partei, historisch entstanden aus einem Milieu von Bauern und Kleingewerbetreibenden, doch hat sie sich in den letzten 20 Jahren von ihren Methoden her modernisiert und verfügt über bedeutende rechtsextreme Ränder. Aber sowohl die helvetische SVP als auch der Niederländer Geert Wilders und seine Pseudo-„Partei für die Freiheit“ (PVV) verweigern bislang dem FN und anderen Parteien, die im Geruch offenen Antisemitismus stehen, den Kontakt: In ihren Augen sind solche Kräfte „nicht zuverlässig“ im Sinne einer strammen „westlichen“ Außenpolitik gegen den „Hauptfeind Islam“.

Allerdings nähern sich auch der belgisch-flämische VB und (zögernd & widerstrebend) sogar die mit starkem NS-Stallgeruch ausgestattete österreichische FPÖ einer Linie, die im letztgenannten Sinne ausgerichtet ist, an. Beide Parteien nahmen, zusammen mit „Pro Deutschland“ und den „Schwedendemokraten“, in der ersten Dezemberwoche 2010 an einer Reise europäischer rechtsextremer Parteien nach Israel teil. Jedoch setzte zumindest die FPÖ dabei widersprüchliche Signale. So besuchte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache die Gedenkstätte für die ermordeten europäischen Juden, Yad Vashem, und setzte dabei vorschriftsmäßig eine Kopfbedeckung aufs Haupt. Statt einer Kippa, wie die jüdische Religion es vorsieht, trug er dabei jedoch ein österreichisches Burschenschafterkäppi. Und im Anschluss erklärte FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer in der zum Jahreswechsel 2010/11 erschienenen Ausgabe der deutschen rechten Zeitschrift „Zuerst!“, man sei zwar nach Israel gereist, aber keineswegs im Geiste eines „Canossa-Gangs“. Sollte bedeuten: Ohne jede Reue über die NS-Verbrechen an den Tag zu legen.

Drohende „Säuberung“

Unterdessen drohen zu stark nazibelasteten Elementen innerhalb des FN Disziplinarverfahren und eventuell sogar Ausschlüsse aus der Partei. Am Donnerstag, den 16. Juni 11 ist der extreme Antisemit Yvan Benedetti, bis im August 2010 noch offiziell Führungskader der unverhüllt faschistischen Splittergruppe L’Oeuvre française und danach innerparteilicher „Wahlkampfkoordinator“ von Chefsessel-Anwärter Bruno Gollnisch, deshalb vor eine innerparteiliche Schiedskommission geladen. Er hatte zuvor einer durch Schüler/innen einer Journalistenschule in Lille geleiteten Webseite wörtlich erklärt, er sei „Antizionist, Antisemit, Anti-Jude“. Der Kader, Jahrgang 1965, spricht seinerseits bereits von einer „drohenden Säuberungswelle, um Bruno Gollnisch zu isolieren und an den Rand zu drängen“. Bereits im April d.J. waren 13 Aktivisten aus der Parteiregion Rhône-Alpes, der Hochburg von Gollnisch, u.a. wegen auf Facebook sichtbaren Fotos mit Hitlergruß ausgeschlossen worden.

Thierry Maillard, Ex-Führungskader von L’Oeuvre française und örtlich einflussreicher FN-Politiker in Reims, ist seinerseits am 16. Juni wegen drohenden Verhaltens gegenüber Journalisten vor die Schiedskommission vorgeladen. Ihm wird ferner vorgeworfen, Bildmaterial mit dem Keltenkreuz sowie einem blonden Jüngling, dessen Abbildung von einem Plakat der Hitlerjugend von 1939 abgekupfert worden war, zu verwenden.

Und dem „Nationalbolschewisten“ Christian Bouchet wurde die Verantwortung für den FN-Kreisverband in Nantes, entzogen; er wurde nicht ausgeschlossen (Bouchet unterstützte bislang innerparteilich Marine Le Pen), jedoch vom Bezirkssekretär zum einfachen Mitglied herabgestuft.

Bernhard Schmid, Paris ■



Informationen Nr. 73

Das Schwerpunktthema dieses Heftes ist einfach und komplex zugleich: Wie kommen Einzelne dazu, Widerstand zu leisten? Susanne Beer und Harald Welzer versuchen in ihrem Beitrag „Sozialpsychologische Anmerkungen zur Widerstandsforschung“ eine Antwort zu geben. Andreas Eder stellt z. B. eine außergewöhnliche Widerstandsbiografie vor: Maria Stromberger, die sich freiwillig als Krankenschwester ins Konzentrationslager Auschwitz versetzen ließ und dort den Widerstand der Häftlinge unterstützte. Marten Döring beleuchtet die Beziehungen zwischen Verfolgten und ihren Helfern und zeigt dabei auch auf, wie Menschen zu „Judenretter“ wurden.
Einzelpreis 5,50 Euro + Versandkosten, Erscheinungsweise: 2x im Jahr, Abo 11 Euro. Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/M. www.studienkreis-widerstand-1933-45.de

Kirchentagsbesucher fordern: „alle bleiben!“

DRESDEN. Unter dem Titel „alle bleiben! - gegen die Abschiebungen von Roma in die Republik Kosovo!“ starteten Aktion Sühnezeichen Friedensdienst e.V., das Projekt Roma Center Göttingen e.V. und Amaro Drom e.V. eine Unterschriftensammelaktion, um eine Kirchentagsresolution für ihr gemeinsames Anliegen zu ermöglichen.

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“, hatte ASF hierfür einen Stand aufgebaut und es wurden mehrere Informationsveranstaltungen und Theateraufführungen in der Zeltstadt gegeben. Die Infoveranstaltung über Kirchenasyl mit Pastor Peter Lahmann und Kenan Emini vom Projekt Roma Center Göttingen e.V. weckte das Interesse der Besucher und immer wieder schwärmten zahlreiche Helfer aus auf der Jagd nach Unterschriften. Erstaunlich viele Leute waren bereit zu unterschreiben. Nur selten hatte man das Gefühl mit jemandem zu reden, der sich für das Thema nicht interessiert oder nicht unterschreiben möchte. An dem Stand standen die Besucher zeitweise sogar an, um ihre Unterschrift abgeben zu können. Viele der Besucher waren offensichtlich schon gut informiert und sensibel für die Probleme von geduldeten Roma. So gelang es innerhalb von eineinhalb Tagen, die geforderten 3000 Unterschriften zu sammeln.

Unter den Unterzeichnern war auch Cem Özdemir von den Grünen, der auch für ein Interview bereit war, in dem er seinen Standpunkt zum Thema Roma-Abschiebungen darlegte und betonte, es sei nicht nur im Interesse der Roma, sondern in unserer aller Interesse die langjährig geduldeten Menschen nicht auszugrenzen oder gar abzuschieben, sondern ihnen eine Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Weitere Unterzeichner aus der Politik sind Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), Wolfgang Thierse (SPD) und Petra Pau (Die Linke) sowie vertreter der Kirchewie u.a. Ilse Junckermann, di Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Jann Schmidt, der Kirchenpräsident der Ev.-reformierten Kirche in Deutschland.

Die Resolution wurde am 4. Juni vom Kirchentag angenommen und verabschiedet. Wir hoffen, dass sie bei den verantwortlichen Politikern zu der nötigen Konsequenz eines Bleiberechtes für Roma führt.

Zum Abschluss gab es dann noch eine Ballonaktion, bei der Luftballons in den Himmel freigelassen wurden. Hiermit wollten wir die Aufmerksamkeit der Besucher wecken um weitere Unterschriften zu sammeln. Da die Kirchentagsresolution schon angenommen worden war, sammelten wir nun für unseren Appell an die Innenministerkonferenz. Hierfür kamen auch noch einmal 1200 Unterschriften zusammen. Bei der Unterschriftenaktion für die IMK kann übrigens jeder mitmachen! Hier sind die Unterzeichner nicht auf Kirchentagsbesucher beschränkt. Wir hoffen auf eure Mithilfe!

www.alle-bleiben.info/news/info-news ■

Libyen: PRO ASYL startet Kampagne zur Aufnahme von Flüchtlingen

Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL startet eine breit angelegte Kampagne mit dem Ziel, die Aufnahme von rund 11.000 Flüchtlingen in Europa zu erreichen. Sie zielt auf das Treffen der EU-Innenminister am 9./10. Juni und das Treffen der EU-Regierungschefs am 23./24. Juni. Auf dem Kirchentag hatte die Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Agenturberichten formuliert, Deutschland nehme aus humanitären Gründen politisch verfolgte Menschen auf – etwa aus Syrien, Libyen und dem Jemen.

Tatsächlich hat die Bundesregierung bislang jedoch keinen einzigen der politisch verfolgten Menschen aus diesen Ländern gerettet. Allein zur Aufnahme von 150 Flüchtlingen aus Malta konnte sich die Bundesregierung durchringen. „Großen Worten folgen kleinmütige Gesten“, kommentiert dies Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. PRO ASYL fordert die Kanzlerin auf, sich für die Aufnahme der rund 11.000 Flüchtlinge aus Libyen in Europa und auch in Deutschland einzusetzen.

Seit Wochen fordert der UNHCR die Aufnahme von rund 11.000 anerkannten oder im Verfahren befindlichen Flüchtlingen aus Libyen. Rund 6.000 von ihnen befinden sich in auswegloser Lage in Flüchtlingslagern im tunesisch-libyschen Grenzgebiet. Da Deutschland wie auch fast alle anderen europäische Staaten auf die dringenden Forderungen des UNHCR bislang nicht reagierten, sehen die buchstäblich in der Wüste festsitzenden Flüchtlinge nur einen Ausweg: die lebensgefährliche Flucht über das Mitteleer. Mehr als 1.600 Flüchtlinge sind hierbei in den letzten Monaten ums Leben gekommen.

Anstatt Menschenleben zu retten, wird in den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europaparlament der Ausbau der Festung Europa vorangetrieben. Die Grenzagentur Frontex soll künftig auch in Nordafrika tätig werden und eigenständig Arbeitsabkommen mit Drittstaaten schließen können. Bei der Kooperation von Frontex mit den Drittstaaten soll es genügen, dass diese lediglich „Mindestmenschenrechtsstandards“ einhalten.

PRO ASYL kritisiert dies als „Ausverkauf der Flüchtlingsrechte“. Menschenrechte sind unteilbar und dürfen nicht relativiert werden. An Europas Grenzen darf es keine menschenrechtsfreien Zonen geben.

PRO ASYL appelliert deshalb derzeit in einer öffentlichen E-Mail- und Postkarten-Aktion an den EU-Ratspräsidenten Herman von Rompuy. PRO ASYL fordert damit den Ratspräsidenten auf, sich beim Treffen des Europäischen Rates am 24. Juni für die Aufnahme der im tunesisch-libyschen Grenzgebiet festsitzenden Flüchtlingen einzusetzen und sich der Abschottungspolitik der Europäischen Union entschieden entgegenzustellen.

Informationen zur Kampagne und die PRO ASYL-Kurz-Stellungnahme zur neuen Frontex-Verordnung finden Sie im Internet unter www.proasyl.de

Quelle: Presseerklärung proasyl - 8. Juni 2011 ■



Wir trauern um Christy Schwundeck

FRANKFURT. Am 19. Mai 2011 wurde Christy Schwundeck in einem Jobcenter in Frankfurt am Main von der Polizei erschossen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt behauptete noch am selben Tag vor der Presse, es handele sich eindeutig um Notwehr, da Frau Schwundeck die Polizei mit einem Messer attackiert habe.

Wir fragen: Warum sollen wir akzeptieren, dass zwei bewaffnete und ausgebildete Polizisten eine Frau mit einem Messer nicht entwaffnen, sondern direkt erschießen?

Wir fragen: Wie kann es sein, dass die Medien ein Opfer verunglimpfen und beschimpfen? Wie kann es sein, dass niemand die Frage nach dem Verhalten der Polizei stellt?

→



Soll hier wieder vertuscht werden, wie es zum Tod eines schwarzen Menschen in Deutschland kam? Wir erinnern uns an andere Opfer polizeilicher Gewalt, deren Tod nie aufgeklärt wurde: Dominique Kumadio, Mariame N'Deye Sarr und Oury Jalloh.

Wir fragen: Wer ist der Nächste? Sollen wir wieder akzeptieren, dass eine Erschießung verharmlost und vertuscht wird und unaufgeklärt bleibt?

Wir fordern die lückenlose Aufklärung der Erschießung von Christy Schwundeck! Wir fordern ein ordnungsgemäßes und rechtsstaatliches Gerichtsverfahren gegen die Polizeibeamten!

Wir fordern: Aufklärung, Gerechtigkeit, Entschädigung.

Demonstration, Samstag 18. Juni
14:00 Frankfurt Hauptbahnhof
16:00 Kundgebung Hauptwache

InitiativeChristySchwundeck@gmail.com, http://www.initiative-christy-schwundeck.blogspot.com/ ■

20. Juni: Bleiberecht statt Abschiebungen

FRANKFURT. Über den Frankfurter Flughafen wurden im vergangenen Jahr 3098 Menschen abgeschoben. Damit ist Frankfurt bundesweiter Spitzenreiter der Ausgrenzung. Hier werden täglich ca. zehn Menschen gewaltsam dazu gezwungen auszureisen. Immer wieder gelingt es uns auf verschiedenen Wegen einzelne Abschiebungen noch in letzter Minute zu verhindern. Am 20. Juni 2011 wollen wir mit einer großen Demonstration im Terminal 1 der Abschiebemaschinerie in unserer Stadt eine eindeutige und lautstarke Absage erteilen.

Der 20. Juni ist der internationale Tag des Flüchtlings und gleichzeitig der Vorabend der Innenministerkonferenz. Seit vielen Jahren begleiten Proteste und Forderungen für ein bedingungsloses Bleiberecht von Flüchtlingen die Konferenzen der Minister, die für Ausgrenzung und tägliche Abschiebungen verantwortlich sind. Sie reden von Integration und meinen Anpassung und Unterwerfung unter eine Bürokratie und einen Arbeitsmarkt, die beide gleichermaßen rassistisch geprägt sind. Sie verbreiten und verstärken einen Sicherheitsdiskurs, in dem Tausende von MigrantInnen und Flüchtlingen als „Risikofaktoren" dargestellt werden. **20. Juni, 18 Uhr, Terminal 1, Bereich B**

Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main // noborder ffm ■

22. Juni: Demonstration gegen die Innenministerkonferenz:

FRANKFURT. „Die IMK ist eine der zentralen Institutionen, die heute die Kriminalisierung sozialer Konflikte vorantreibt und öffentlich legitimiert. Mit der Einschränkung des Versammlungsrechts, ‚Loyalitätstests' für EinwanderInnen, der Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wie z. B. der Vorratsdatenspeicherung, der brutalen Abschottung Europas gegen MigrantInnen, der Propagierung der Extremismustheorie, usw. wird von staatlicher Seite aktuell auf sozialen Konflikte reagiert.", so steht es im Aufruf des Demobündnisses anlässlich der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Frankfurt.

Der genaue Tagungsort ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt gegeben. Die Repression gegen widerständiges Verhalten nimmt hingegen schon Fahrt auf. Am 26. Mai wurden zwei mutmaßliche Sprüher von Anti-IMK-Parolen von der Polizei festgenommen, dabei einer mit dem Auto angefahren und verletzt. Eine anschließende Hausdurchsuchung förderte angebliches „Anschlagsmaterial" (welches in jedem Durchschnittshaushalt zu finden sein dürfte) zu Tage. Am 27. Mai demonstrierten daraufhin 130 Menschen zur Staatsanwaltschaft in Frankfurt. Auch tags darauf gab es Aktionen am Polizeipräsidium.

Das Demobündnis hat in Erwartung massiver Polizeipräsenz bereits angekündigt, es werde am 22. Juni keinen Wanderkessel dulden. Es solle eine entschiedene aber offene Demonstration werden: **22. Juni, 18 Uhr, Hauptwache**

http://www.linksnavigator.de/ http://imkaufloesen.blogsport ■

Gutscheinboykott geht weiter!

HENNINGSDORF. Seit dem 1. Juni boykottieren die Bewohner_innen aus dem Flüchtlingslager in Hennigsdorf die Annahme von Gutscheinen. Heute gab es erneut den Versuch einer Gutscheinausgabe durch das verantwortliche Sozialamt Oranienburg. Allerdings haben sich die Leute durch die in voller Einsatzmontur ausgerüstete Polizei und die Drohungen des Sozialamtes nicht einschüchtern lassen. Die Annahme der Gutscheine wurde mehrheitlich nachdrücklich verweigert! Bereits am frühen Morgen gegen 6.00 Uhr versammelte sich ein martialisch anmutendes und zahlenmäßig völlig unangebrachtes Polizeiaufgebot vor dem Hennigsdorfer Flüchtlingslager. Scheinbar um einer möglichen Blockade zuvorzukommen, wurden die diskriminierenden Gutscheine schon um 7.00 Uhr von einer Polizeieskorte in das Lager verbracht, von wo aus sie an die Bewohner_innen verteilt werden sollten.

Ab 8.00 Uhr begann dann die Kundgebung auf einer im Vergleich zum letzten Mittwoch sehr begrenzten Fläche. Es waren auch relativ wenige Leute von außerhalb angereist, so dass sich die Zahl der vor dem Tor Protestierenden auf ca. 40 Leute beschränkte. Das Gelände selbst durfte nur von den Bewohner_innen betreten werden. Aber auch dort hat der Einsatzleiter seine Macht ausgespielt und unter Androhung von Gewalt die Ansammlung von kleinen Grüppchen von Bewohner_innen verhindert, obwohl diese auf ihrem Recht bestanden, sich frei zu bewegen. Die Leute in der Kundgebung antworteten mit dem selbstkreierten Protestlied „We need money and no Gutschein today!".



Nachdem die Mitarbeiter_innen des Sozialamtes feststellen mussten, dass die Mehrheit der Bewohner_innen die Gutscheine lautstark verweigerten, drohten sie diesen mit Sanktionen für den nächsten Monat: für jede Person, welche die Gutscheine in diesem Monat ablehnt, soll die Leistung im Folgemonat Juli komplett gestrichen werden. Ob diese Drohung tatsächlich rechtlich durchzusetzen ist, wird gerade noch geprüft. Die Anwesenden haben sich jedenfalls nicht einschüchtern lassen und wollen weiter kämpfen!

http://gutscheinboykott.blogsport.eu/
Quelle: indymedia 8.6.2011 ■

Menschenrechtswidrig!

Die Vereinten Nationen haben das Asylbewerberleistungsgesetz und die Lagerunterbringung von Flüchtlingen in Deutschland kritisiert:

„Der Ausschuss nimmt mit tiefer Besorgnis die Situation von Asylsuchenden zur Kenntnis, die keine angemessenen Sozialleistungen erhalten, in unangemessenen und überfüllten Unterkünften leben, eingeschränkten Zugang zum Arbeits-

markt und lediglich Zugang zu medizinischer Notfallversorgung haben".

Mit dieser Kritik greift der Sozialausschuss der Vereinten Nationen direkt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) an. Dieses Bundesgesetz sieht Sozialleistungen für Flüchtlinge vor, die rund ein Drittel unter Hartz IV-Niveau liegen und als Sachleistungen gewährt werden sollen. Es wurde zudem vom Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen als grundgesetzwidrig eingeschätzt und dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Selbst die Bundesregierung hat die Verfassungswidrigkeit des AsylbLG eingestanden, ohne daraus jedoch bisher Konsequenzen zu ziehen. Die Vereinten Nationen reihen sich in die lange Liste der KritikerInnen des AsylbLG und der Lagerunterbringung in Deutschland ein, zu denen neben Flüchtlingen und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, Landkreisen und Städten, ÄrztInnen und RechtsanwältInnen auch der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats gehört.

Die Kritik der Vereinten Nationen ist aber auch ein harter Schlag gegen die rigide bayerische Flüchtlingspolitik. Denn in Bayern herrscht im bundesweiten Vergleich nach wie vor die strikteste Lagerpflicht für Flüchtlinge und eine entwürdigende Versorgung mit Sachleistungen in Form von Essens- und Hygienepaketen. Doch die bayerische Staatsregierung hält unverändert an ihrem Lagersystem für Flüchtlinge fest. Sie hat noch nicht einmal ihren lange versprochenen Gesetzentwurf in den bayerischen Landtag eingebracht, mit dem der mangelhafte „Asylkompromiss" von Mai 2010 umgesetzt werden soll. „Wie viele KritikerInnen braucht die bayerische Staatsregierung noch, bis sie endlich die Lagerpflicht für Flüchtlinge und die Versorgung mit Essenspaketen abschafft?" fragt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Die Vereinten Nationen werten die unangemessenen Sozialleistungen für Flüchtlinge, Lagerunterbringung, Arbeitsverbote und medizinische Mangelversorgung als Menschenrechtsverstoß. Menschenrechte haben Vorrang und das kann nur heißen: Asylbewerberleistungsgesetz, Flüchtlingslager und Arbeitsverbote abschaffen!"

Der Bericht der Vereinten Nationen ist zu finden unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/E.c.12.dEU.co.5-ENg.doc. Weitere Informationen unter: www.fluechtlingsrat-bayern.de, www.hinterland-magazin. de ■

Gegen Kriminalisierung und Generalverdacht gegenüber kurdischen Menschen!

LUDWIGSHAFEN. Am 18. Mai protestierten mehrere hundert kurdische Menschen in der Ludwigshafener Innenstadt gegen die Tötung von zwölf Aktivisten des kurdischen Widerstandes in der Türkei durch das türkische Militär. Nach Provokationen und Beschimpfungen der Demonstrierenden durch türkische Jugendliche kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Die Polizei verschärfte die von türkischen Chauvinisten ausgehende Eskalation durch die stundenlange Einkesselung von etwa 200 Kurdinnen und Kurden. In einem Artikel der „Rheinpfalz" vom 20.5.2011 wird der Kurdische Kulturverein Ludwigshafen, der die Demo angemeldet hatte, schon mal vorab kriminalisiert: „Islamwissenschaftler und der Verfassungsschutz sehen den Verein in der Nähe der Untergrundbewegung PKK (Arbeiterpartei Kurdistans)".

In allen Berichten zur Demo und zum überzogenen Polizeieinsatz in Ludwighafen wird hingegen der seit Jahren andauernde Staatsterror der Türkei gegen die dort lebende kurdische Bevölkerung mit keinem Wort erwähnt, ebenso wenig die Unterstützung der türkischen Armee durch Waffen aus Deutschland seit 1980 – seit dem faschistischen Putsch in der Türkei. Mit deutschen Waffen, darunter Panzern wurden nach Schätzungen ca. 4000 kurdische Dörfer zerstört.

Auch der aktuelle Hintergrund wird vollständig ausgeblendet: Am 12. Juni finden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Im Vorfeld versucht die herrschende AKP-Regierung die kurdischen WählerInnen einzuschüchtern. Etliche kurdische Kandidaten für die Parlamentswahlen vom linken Wahlbündnis „Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit", darunter die Aachener Friedenspreisträgerin Leyla Zana, waren nicht zur Wahl zugelassen worden. Die Proteste hiergegen waren so stark, dass die Wahlkommission dies wieder rückgängig machen musste (vgl. hierzu das Interview in der „jungen Welt" vom 21./22./23. Mai 2011 : „Die Situation in der Türkei ist angespannt").

Der für das Ordnungsamt zuständige Dezernent Zeiser ließ über die Medien verbreiten, dass „die Stadt die Zulassung für solche Veranstaltungen (gemeint sind Demos BgA) in Zukunft kritischer prüfen werde" (Rheinpfalz, 20.8.2011). Die kurdischen Menschen haben auch in Deutschland das Recht, gegen ihre Unterdrückung durch den türkischen und den deutschen Staat und für eine friedliche Lösung in Kurdistan zu demonstrieren. Solidarität für die kurdische Bewegung! Für Frieden in Kurdistan! Waffenlieferungen in die Türkei stoppen!

Stellungnahme des Bündnisses gegen Abschiebungen Mannheim, 24.5.2011 ■

Flüchtlingsräte kritisieren Untätigkeit der Bundesregierung

Die bundesweite Kampagne „ABOLISH Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!" hatte für den 11. Juni 2011 zur Demonstration in Berlin aufgerufen. Die Hauptforderung: die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Asyl-bLG). Die Landesflüchtlingsräte erklären sich solidarisch und fordern die Bundesregierung zum Handeln auf.„Es hat den Anschein, als wolle die Bundesregierung die seit 18 Jahren andauernde Diskriminierung von Flüchtlingen als Menschen zweiter Klasse so lange fortsetzen, bis das Bundesverfassungsgericht sie zu einer Rechtsänderung zwingt", kritisiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat die Untätigkeit der Bundesregierung. „Wir fordern den Gesetzgeber auf, das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abzuschaffen, da es gegen das Grundgesetz und internationale Menschenrechtsabkommen verstößt!"

Das AsylbLG gewährt Flüchtlingen Sozialleistungen, die rund 35% unter dem Niveau von Hartz IV liegen. Sie sollen als Sachleistung erbracht werden, z.B. als Unterbringung in Sammellagern und als Versorgung mit Essenspaketen oder -gutscheinen. Die Regelsätze wurden seit 1993 nicht mehr erhöht. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält das AsylbLG deshalb für verfassungswidrig und hat es dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Die Bundesregierung hat bereits eingestanden, dass die Leistungen nach AsylbLG gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen, entwickelt jedoch keinerlei Aktivitäten, diese Grundrechtsverletzung abzustellen.

Flüchtlinge, die Landesflüchtlingsräte, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und sogar der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, kritisieren seit Jahren die menschenunwürdige (Mangel-)Versorgung von Flüchtlingen nach dem AsylbLG. Jetzt haben sich auch die Vereinten Nationen eingeschaltet: Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte moniert, dass Flüchtlinge in Deutschland keine angemessenen Sozialleistungen erhalten und in überfüllten Unterkünften leben müssen.

Informationen zur Kampagne „ABOLSIH! Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen" gibt es auf der Kampagnen-Homepage:

www.kampagne-abolish.info ■



Dauerkundgebung zu Libyen-Flüchtlingen

Bremen. Aus aktuellem Anlass haben sich am 4. Juni mehrere Dutzend Menschen an einer dreistündigen Dauerkundgebung in der Bremer Innenstadt beteiligt. Mit der Aktion sollte auf die Situation der in tunesischen Wüstenlagern gestrandeten Libyen-Flüchtlinge sowie die jüngsten Bootsunglücke im Mittelmeer aufmerksam gemacht werden. Die Aktion hat den Auftakt einer gerade beginnenden Kampagne anlässlich der nächsten Innenministerkonferenz am 22. Juni in Frankfurt gebildet, mit der die Aufnahme von 6.000 Libyen-Flüchtlingen durch Deutschland erreicht werden soll.







Hintergrund ist, dass bereits seit Monaten in tunesischen, ägyptischen und nigrischen Flüchtlingscamps Tausende, überwiegend aus Subsahara-Ländern stammende MigrantInnen festsitzen, die wegen des (Bürger-)Kriegs in Libyen das Land verlassen mussten, jetzt aber nicht mehr weiterkommen. Viele von ihnen sehen ihre einzige Chance deshalb darin, nach Libyen zurückzugehen und von dort aus die hochriskante Bootspassage nach Europa zu wagen. Wie zugespitzt die Situation ist, wurde am 24. Mai deutlich, als es durch Teile der lokalen Bevölkerung zu einem pogromartigen Angriff auf das UNHCR-Flüchtlingslager Choucha gekommen ist. Vor diesem Hintergrund haben die transnationalen Netzwerke Afrique-Europe-Interact und Welcome to Europe zusammen mit Pro Asyl, medico international, borderline europe und dem Grundrechtekomitee erst kürzlich einen Appell unter dem Titel „Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!“ veröffentlicht. Mit der Kundgebung in Bremen sollte der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer öffentlich aufgefordert werden, sich im Namen der Stadt Bremen anlässlich der nächsten Innenministerkonferenz am 22. Juni 2011 in Frankfurt für eine Aufnahme der in Nordafrika gestrandeten Libyen-Flüchtlinge einzusetzen.

Diese Forderung kommt keineswegs aus heiterem Himmel, denn die Bremer Bürgerschaft (Landtag) hat bereits am 27.1.2011 (auf Initiative von SPD und Bündnis90/Die Grünen) einstimmig für eine Unterstützung der Kampagne „Save me – Flüchtlinge aufnehmen“ votiert. Somit hat sich auch Bremen grundsätzlich bereit erklärt, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) und der Bundesregierung aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren. Unter „Resettlement“ wird die Aufnahme einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen aus Krisengebieten verstanden – Deutschland hat zum Beispiel Ende der 1970er 26.000 vietnamesische Boatpeople aufgenommen, in den 1990er Jahren sind Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. An der von Pro Asyl initiierten Kampagne „Save me – Flüchtlinge aufnehmen“ beteiligt sich ein breites Bündnis von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Bislang haben sich in 56 Städten Save-me-Bündnisse mit insgesamt 7000 UnterstützerInnen gegründet, konkret konnten in 38 Städten Ratsbeschlüsse wie in Bremen erwirkt werden. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, dass Resettlement-Programme lediglich ein erster Schritt sind, sie können die von unten erkämpfte Durchsetzung der fundamentalen Menschenrechte aller Flüchtlinge und MigrantInnen weltweit nicht ersetzen.

Während der dreistündigen Dauer-Kundgebung wurde der Appell als Flugblatt verteilt, am Infostand ein Video-Clip zur Situation in Choucha), eine 15-Meter lange Liste mit den Namen von über 14.000 Toten an den EU-Außengrenzen ausgelegt und zudem Unterschriften für den Appell gesammelt – wobei hinzugefügt sei, dass das Sammeln der Unterschriften nicht zuletzt dem Gesprächseinstieg gedient hat. Darüber hinaus hat (neben Dauerdurchsagen durchs Mikrofon) um 12 Uhr eine ‚echte‘ Kundgebung stattgefunden: Dort wurde unter Bezug auf den ARD-“Tatort“ zu Frontex über die Arbeit von Frontex berichtet und darüber, wie Bremer Rüstungsunternehmen Frontex mit Satellitentechnik unterstützen. Des Weiteren wurde ein Interview mit drei Überlebenden eines Bootsunglücks vor der Küste Tunesiens verlesen, welches eine Delegation von Afrique-Europe-Interact und Welcome to Europe vor 2 Wochen im Flüchtlingslager Choucha aufgenommen hat. Schließlich war auch die Queerfolk-Musikerin Franzis Binder mit von der Partie: In ihrem Song „Ganz anders bei den Hunden“ sinniert der aus Spanien gerettete Straßenhund Nando über das gesellschaftliche Klima, das der EU-Migrationspolitik zugrunde liegt.

Die Reaktionen seitens der PassantInnen waren – wie nicht anders zu erwarten – reichlich durchmischt. Neben gleichgültigen oder defensiven Reaktionen (die bereits bei einigen Tausend zusätzlichen Flüchtlingen den Haushalt der Bundesregierung kollabieren sehen) gab es auch ein starke Minderheit, die durchaus interessiert reagiert hat – eine alte Frau meinte etwa, sie wollte am liebsten gleich 10 Mal unterschrieben, ein ebenfalls betagterer Herr meinte sogar, er könne den Appell nicht mitnehmen – einfach, weil ihm die Sache zu sehr an die Nieren gehen würde. Mit der „Sache“ waren in diesem Fall vor allem die aktuellen Bootsunglücke im Mittelmeer gemeint, auf die während der gesamten Kundgebung immer wieder hingewiesen wurde (allein im April sind über 1.600 namentlich bekannte Menschen auf dem Weg nach Europa ums Leben gekommen – und die tatsächlichen Zahlen dürften noch deutlich höher liegen). Oder genauer: Aufgemacht wurde insbesondere der Umstand, dass derzeit nicht zuletzt deshalb viele Menschen auf die Boote gehen, weil sich Europa weigert, die in Tunesien gestrandeten Flüchtlinge aufzunehmen (wobei genauso wenig aus dem Blick geraten sollte, dass die libysche Regierung als Reaktion auf die Nato-Angriffe die bislang im Namen der EU erfolgte Migrationskontrolle vollkommen eingestellt hat und daher aktuell die Preise für Überfahrten von 2.000 auf 200 Dollar gesunken sein sollen).

Quelle: NoLager Bremen 5.6.2011 ■

IMI-Analyse 2011/021:

Krieg trotz Kassenlage: De Maizieres „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“

von Jürgen Wagner

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt im März 2011 kündigte der neue Verteidigungsminister Thomas de Maiziere an, er müsse sich bezüglich der anstehenden Bundeswehrreform zunächst einmal über den Sachstand informieren, was einige Zeit dauern werde. Zweieinhalb Monate später verkündete er am 18. Mai seine „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“, die unter seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg auf den Weg gebracht worden waren.

Offizieller Anlass für den Umbau sind die Bundeswehr-Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2015. Um diese zu erfüllen, hatte es zwischenzeitlich den Anschein, als erwäge de Maiziere eine Reduzierung der Bundeswehr, die weit über Guttenbergs ursprüngliche Pläne hinausgegangen wäre. Als Reaktion hierauf warnten jedoch interessierte Kreise überdeutlich, dies würde Deutschlands Fähigkeiten zur Kriegsführung erheblich beeinträchtigen. Nachdem die militärische Interessensdurchsetzung aber im Zentrum der ebenfalls am 18. Mai 2011 erlassenen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) steht, verwundert es nicht, dass de Maiziere nun von den radikalen Kürzungsvorhaben Abstand nahm – ebenso wie von den Sparvorgaben, die offenbar über Buchungstricks entsorgt werden sollen. Im schlimmsten Fall könnte am Ende sogar eine erhebliche Erhöhung des Rüstungsetats stehen.

Offizielle und inoffizielle Umbauziele

Die Bundesregierung verkündete im Juni 2010, bis 2014 insgesamt 81,6 Milliarden Euro einsparen zu wollen. Der Verteidigungsetat sollte dazu 8,3 Mrd. Euro beitragen, wobei schnell eine „Fristverlängerung“ bis 2015 genehmigt wurde. Vereinfacht gesagt, müsste der Rüstungshaushalt demzufolge beginnend ab 2012 im Jahresdurchschnitt um etwa 2,1 Mrd. Euro gesenkt werden. So begrüßenswert jegliche Verringerung in diesem Bereich auch ist, ambitioniert oder drastisch waren diese Vorgaben in keiner Weise. Ihre Umsetzung hätte nicht einmal die mehr als üppigen Aufwüchse der vergangenen Jahre rückgängig gemacht: Noch 2006 betrug der – offizielle – Rüstungsetat 27,8 Mrd. Euro, für 2011 sind 31,548 Mrd. eingestellt. Der Hauptteil der Einsparungen sollte über einen Personalabbau erzielt werden, wofür eine Planungsgruppe unter Leitung des Bundeswehr-Generalinspekteurs Volker Wieker Vorschläge erarbeiten sollte, die am 31. August 2010 veröffentlicht wurden.[1] Der „Bericht des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010“ schlägt verschiedene Modelle vor, die eine Reduzierung des Gesamtumfangs von derzeit 252.000 Soldaten auf eine Zahl zwischen 205.000 und 150.000 vorsahen. Die im Bericht präferierte Zielgröße waren 163.500 Soldaten, von politischer Seite, insbesondere aus den Reihen der CDU, wurde aber darauf hin schnell Druck für einen Umfang von mindestens 185.000 gemacht.

Dies war in etwa der Sachstand, als de Maiziere im März 2011 die Geschäfte im Bendlerblock übernahm. Schon bevor sein Vorgänger zu Guttenberg von der Bühne abtreten musste, war klar, dass die Sparvorgaben nur bei umfassendsten Personalkürzungen erreicht werden würden. Aus diesem Grund erwog de Maiziere Berichten zufolge zwischenzeitlich wohl eine Personalreduzierung, die mit 145.000 weit über die zuvor angedachten Zielgrößen hinausgegangen wäre.[2] Ein solcher Truppenumfang würde aber mit dem zweiten – offensichtlich prioritären – Ziel der Bundeswehrreform kollidieren, nämlich die Anzahl der für Kriegseinsätze im Ausland gleichzeitig verwendbaren Soldaten von bislang 7.000 auf künftig 14.000 zu verdoppeln.[3] Vor diesem Hintergrund tauchte ein „Geheim“-Papier des Verteidigungsministeriums auf, das für erheblichen Wind sorgte, da es dieses Ziel in Frage stellte.

Brandbrief aus dem BMVg

Am 20. April 2011 veröffentlichte die Bildzeitung Auszüge aus einem „geheimen“ Bericht des Verteidigungsministeriums, der sich mit den Auswirkungen der Sparvorgaben beschäftigte und der de Maizieres weitere Überlegungen maßgeblich beeinflusst haben dürfte. Ungeachtet aller politischen Forderungen, die Gesamtgröße der Bundeswehr dürfe 185.000 nicht unterschreiten, kommt das Papier, das wohl keineswegs zufällig das Licht der Öffentlichkeit erblickte, zu dem Ergebnis, unter der Sparvorgabe sei maximal Geld für 158.000 Soldaten vorhanden.

Nach diesem Befund wird auf die Folgen verwiesen. Hiermit ginge etwa die „Bündnis- und Einsatzfähigkeit absehbar verloren.“ Die Kürzungen würden die Bundeswehr fundamental gefährden, so das BMVg-Papier: *„Die ins Auge gefassten Einschnitte werden die Fähigkeiten Deutschlands, mit militärischen Mitteln zur nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge beizutragen, erheblich einschränken. Der deutsche Militärbeitrag wird weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen. Diese Einschränkungen werden auf mittlere Sicht nicht reversibel sein.“* Im Ergebnis, und hier setzten die Militärs der Politik buchstäblich die Pistole auf die Brust, könne unter diesen Umständen die Kernaufgabe der Bundeswehr, an mehreren Orten Krieg für deutsche Interessen führen zu können, nicht mehr gewährleistet werden: *„Bei den vorgesehenen Eingriffen ins Fähigkeitsprofil (...) wird die Unterstützung nur noch in einem Einsatzgebiet durchhaltefähig möglich sein.“*[4]

Wohlgemerkt, diese Bemerkungen bezogen sich auf eine Gesamtgröße von 158.000 Soldaten, nicht etwa auf die nahezu parallel von de Maiziere angestellten Überlegungen sogar auf 145.000 zu reduzieren. Daraufhin wurde allenthalben Kritik geäußert, die Bundeswehr werde „kaputtgespart“, es drohe eine „Sicherheitspolitik nach Kassenlage“. Somit wurde die Politik, und ganz speziell de Maiziere, vor eine klare Wahl gestellt: Sparen oder Krieg führen!

Deutsche Interessen: Verteidigungspolitische Richtlinien

Am selben Tag, an dem de Maiziere seine Pläne für die Neuausrichtung der Bundeswehr bekannt gab, erließ er auch neue Verteidigungspolitische Richtlinien.[5] Dabei handelt es sich um die verbindliche konzeptionelle Grundlage für die deutsche Verteidigungspolitik, die somit auch Ziel und Stoßrichtung der Neuausrichtung der Bundeswehr vorgeben. Unter dem Titel „Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“ benennen die VPR eine Vielzahl von Interessen, deren Durchsetzung Aufgabe der Bundeswehr sein müsse. Die „Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit“ sei die vorderste Aufgabe der Bundeswehr, wobei man sich augenscheinlich von nahezu allem und jedem bedroht fühlt: *„Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik.“* (S. 1f.)

Noch ein wenig prominenter als im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 betonten die VPR die Bedeutung der Rohstoffabsicherung: *„Freie Handelswege*

und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z. B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.“ (S. 4f.)

Deutschland solle sich darüber hinaus laut VPR allein schon deshalb an Kriegen beteiligen, um hierdurch Ansprüche auf eine „mitgestaltende“ Rolle erheben zu können: *„Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum ist Deutschland in der Lage, einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag zu leisten und dadurch seinen Einfluss, insbesondere seine Mitsprache bei Planungen und Entscheidungen sicherzustellen. Nur wer Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung anbietet, kann im Bündnis mitgestalten.“* (S. 10) Nachdem de Maiziere jahrelang Bundesinnenminister war, verwundert es zudem nicht, dass die VPR angeben, zum Auftrag der Bundeswehr gehörten auch *„Beiträge zum Heimatschutz, d.h. Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand.“* (S. 11)

Angesichts der Aufgabenfülle müsse schließlich aber ein „‚priorisiertes Fähigkeitsprofil Bundeswehr‘ entwickelt“ werden, was bedeute, dass die Landesverteidigung eine nachrangige Aufgabe werde, denn die Bundeswehr müsse sich auf die „wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ konzentrieren, sie „bestimmen die Grundzüge der neuen Struktur der Bundeswehr.“ (S. 16) Vor dem Hintergrund dieser ambitionierten Agenda verwundert es nicht, dass von Etatkürzungen in den VPR keine Rede ist. Stattdessen wird betont: *„Die Bundeswehr muss die notwendigen finanziellen Mittel erhalten, um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen.“* (S. 10)

Sparvorgabe Makulatur

Auch künftig sollen jährlich 5,1 Milliarden Euro für neue Rüstungsgüter ausgegeben werden, zur Freude von EADS und Co. werden hier also keine Einsparungen vorgenommen. Stattdessen sollen Kostensenkungen „im Wesentlichen über den zivilen und militärischen Personalhaushalt“ erbracht werden, so de Maizière.[6] Allerdings plant der Verteidigungsminister hierfür eine Truppenreduzierung, die am oberen Rand der diskutierten Möglichkeiten liegt. Laut den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ vom 18. Mai 2011 wird „der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten und 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen.“[7] Lediglich was die Zahl der gleichzeitig im Ausland künftig einsetzbaren Soldaten anbelangt, ist man etwas zurückgerudert: „Es werden rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein.“ Allerdings handelt es sich hierbei dennoch um eine Ausweitung der bisherigen Kapazitäten um nahezu 50 %, wobei es sich hier um die bei weitem kostenintensivsten Truppenteile handelt. Bedenkt man nun, dass allein schon durch die Aussetzung der Wehrpflicht, die de Maiziere wie erwartet beibehalten will, 30.000 Soldaten wegfallen, sind die Reduzierungspläne alles andere als ambitioniert. Mehr noch: sie sind absolut unvereinbar mit den Sparvorgaben von 8,3 Mrd. Euro, da das oben zitierte interne BMVg-Papier angibt, hierfür müsste der Truppenumfang auf 158.000 Soldaten reduziert werden. Dies ist selbstverständlich auch allen Verantwortlichen wohl bewusst, augenscheinlich haben sich de Maiziere und Wolfgang Schäuble bereits auf einen Buchungstrick verständigt, mit dem die Sparvorgabe eingehalten werden könnte, ohne den Rüstungshaushalt effektiv senken zu müssen: „Zum Sparen nur so viel: [...] Alles weitere werde bei den Haushaltsberatungen im Juli zu erfahren sein, er [de Maiziere] habe sich mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits verständigt. Eine denkbare Vereinbarung der beiden könnte die Auslagerung der Pensionskosten aus dem Wehretat sein. De Maizière ließ sich dazu nicht ein, bemerkte nur, diese Vermutung gehe ‚schon eher in die richtige Richtung‘.“[8] Diese schwammigen Aussagen lassen allerdings einige entscheidende Fragen offen. Ist hier „nur“ die Auslagerung der Pensionsausgaben für im Zuge der Personalreduzierung aus dem Amt scheidende Soldaten gedacht? Allein dies würde einer Modellrechnung zufolge grob überschlagene 1,5 Mrd. jährlich ausmachen – das Einsparziel von etwa 2,1 Mrd. wäre damit schon annähernd in Sichtweite![9] Denkbar und bislang nicht ausgeschlossen wäre im schlimmsten Fall, dass sämtliche Versorgungsansprüche dem Bundeshaushalt aufgebürdet werden könnten.

Damit wäre der Rüstungsetat um einen riesigen Posten entlastet. Im derzeitigen Haushaltsansatz 2011 sind hierfür 14,7 % bzw. 4,63 Mrd. Euro eingestellt.[10] So könnte im Ergebnis ein solcher Buchungstrick im schlimmsten Fall zu einer Erhöhung der Rüstungsausgaben um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich führen. Sparen auf Militärisch! *19.5.2011, Jürgen Wagner*

http://www.imi-online.de ■

[1] Bericht des Generalinspekteurs der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010.
[2] 145.000 statt 185.000? Geopowers.com, 26.04.2011: www.geopowers.com/145000-statt-185000-1322.html
[3] Vgl. Haid, Michael: Radikaler Umbau statt Kosmetik – Zum Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, IMI-Standpunkt 2010/041.
[4] Bundeswehr wird kaputt gespart! Bild.de, 20.4.2011: http://www.bild.de/politik/inland/bundeswehrreform/einsatzfaehigkeit-kaputtgespart-158000-statt-185000-soldaten-17527866.bild.html
[5] Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, den 18. Mai 2011. Die im Text folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.
[6] Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen , Spiegel Online, 18.05.2011: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,763419,00.html
[7] BMVg: Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.5.2011. Tatsächlich bewegt sich die Zahl zwischen 175.000 und 185.000: 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie – je nach Erfolg der Rekrutierungsmaßnahmen – zwischen 5.000 und bis zu 15.000 Freiwillig Wehrdienstleistenden.
[8] Reform der Bundeswehr Streichen, kürzen, schrumpfen , Spiegel Online, 18.5.2011.
[9] Wiegold, Thomas: Zahlen auf dem Tisch, 22. November 2010: http://augengeradeaus.net/2010/11/zahlen-auf-dem-tisch/
[10] http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY3NmE2OTM2N2EzODMyMzMyDIwMjAyMDIw/haushalt_2011.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Grüne: „Die Deutschland-Abschaffer"

Das derzeitige Formtief der traditionellen bürgerlichen Volksparteien CDU/CSU, SPD und FDP und die hohe Zustimmung der Wähler(innen) für grüne Positionen, machen die grüne Partei auch für Zuerst! Interessant. „Vorsicht! Grüne Republik. Die Deutschland-Abschaffer" alarmieren sie auf dem Titelblatt der Juni-Ausgabe des rechten Hochglanzmagazins und widmen dem Thema 10 Seiten des Heftes.

Die Abrechnung mit den Grünen, die mit DORIAN REHWALDT, HANS PETER MARTENS, MARKUS SCHWERDTFEGER und DIRK REINARTZ gleich von vier Autoren vorgenommen wird, beginnt mit einer kurzen Darstellung der Gründungsgeschichte der vormaligen Alternativpartei, vor allem der Auseinandersetzung zwischen denjenigen Gründer(innen), die aus dem Bereich der K-Gruppen und Autonomen kamen und denen, die wie Herbert Gruhl, Baldur Springmann und August Haußleiter der rechten Seite der Politik entstammten. Über Haußleiter heißt es etwa: „Ursprünglich deutlich weiter rechts und außenpolitisch auf nationalneutralistischem Kurs versuchte zu dieser Zeit auch die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), bei den Grünen Fuß zu fassen. Mit August Haußleiter, einem der ersten Grünen-Bundessprecher, sowie dem Ökobauern Baldur Springmann stellten sie anfangs populäre Exponenten der Partei. Haußleiter galt als Haudegen, der aus einem Herzen keine Mördergrube machte. Das Nürnberger Siegertribunal war für ihn ‚das dümmste und infamste aller Strafgerichte', das ganze ‚Kollektivschuldgeschwätz' könne er nicht mehr hören".

Als Kronzeuge für den behaupteten antinationalen Kurs der Grünen dient der Kölner Publizist ROLF STOLZ, der, von links kommend seit Jahrzehnten stramm rechte Thesen vertritt aber nach eigener Aussage immer noch Mitglied der „Ökopartei" wie (über den Verband der Schriftsteller VS) der Gewerkschaft ver.di ist. Dabei sollte ihn eigentlich bereits sein Vokabular bloß stellen: „Die antideutsche Ressentiment-Propaganda der Nachkriegszeit entfaltete in den siebziger Jahren ihre Langzeitwirkung und vermischte sich dabei mit dem medialen Dauerbeschuß von dummdeutsch-antideutschen Selbsthassern und Selbstzerstörern in Zeit, Frankfurter Rundschau und Süddeutscher Zeitung". Den Grund seiner anhaltenden Mitgliedschaft in einer Partei, deren Grundpositionen er nicht teilt, versucht er auch gar nicht zu verbergen: „Viele Grüne denken ganz anders über sich und ihr Land – und allein schon diese Menschen sind für mich ein Grund, Mitglied der Grünen zu bleiben. Und daß Menschen dazulernen, läßt sich an vielen Beispielen nachprüfen – man denke nur an den ehemaligen ‚Antideutschen' Jürgen Elsässer".

Doch bei der Polemik geht es letztlich nicht um die grüne Partei, sondern um die gesamte Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER, der, aus der CSU stammend als parteiloser Vertreter der Friedensbewegung Ende der achtziger Jahre Bundestagsabgeordneter der Grünen war und heute wie Stolz stramm rechte Positionen vertritt, bringt es auf den Punkt: „Die Grünen sind heute die politische Inkarnation der Umerziehung durch die westlichen Siegermächte, der Frankfurter Schule und der 68er Studentenrevolte.... Wir brauchen die Begriffsverknüpfung von Nation, wirtschaftlichem Erfolg und neuen Werten. Die Verbindung von Nation und Frieden ist uns bereits gelungen".

Und auf die Frage „Weshalb konnten sich die Linken mittelfristig durchsetzen – nicht aber die Konservativ-Nationalen? Waren sie zu ‚brav', zu ‚bürgerlich'?" antwortet der Gründer der rechten „Deutschland-Bewegung": „Zu feige! Einzelne Vorreiter haben sie allein gelassen. Wo sind die mutigen Konservativen und ihre Gefolgsleute? Es sind heute zu wenige, die sich ganz ihrem Vaterland verschrieben haben. Sicher gibt es sie; aber sie trauen sich nicht hervor. Oft vergeuden sie ihre Kraft mit Verschwörungstheorien".

Und die genannten Autoren des Titelbeitrages konstatieren: „Es sind die anderen politischen Parteien, die sich dem linken gesellschaftspolitischen Kurs der Grünen mittlerweile angepaßt haben: Multikulti und Homo-Lobbyismus finden sich heute in allen Parteien des deutschen Bundestages wieder. Selbst in der Union gibt es mit den Lesben und Schwulen in der Union (LSU) einen eigenen Homo-Arbeitskreis. So wie die K-Gruppen einst die junge Umweltpartei kaperten und deformierten, haben die Grünen die Republik gekapert und deformiert. Die neue linke ‚Zivilgesellschaft' diktiert den politischen Kurs".

Am Rande interessant ist vielleicht noch folgendes: MAKUS BEISICHT, einer der Gründer und Chefs der „pro-Bewegung", laut Eigendarstellung nicht „rechtsextrem" sondern „rechtspopulistisch" und fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, findet im Interview exakt dieselben Worte wie Zuerst!: „Beck (der Kölner Bundesabgeordnete der Grünen Volker Beck - tri) und seine Genossen wollen Deutschland abschaffen...".

Zu den sogenannten Rechtspopulisten, gehört auch die finnische Rassistenpartei „Perusuomaleiste" („Wahre Finnen"), die bei den finnischen Parlamentswahlen am 17. April fast ein Viertel der Stimmen errang. Verständlich also, dass Zuerst! ihnen einen umfangreichen Beitrag widmet. Das es sich nicht um Rechtspopulismus, sondern um reinen Rassismus handelt, wird aus den Worten des ehemaligen Jura-Professors ERKKI HAVANSI deutlich, der Kandidat der „Wahren Finnen" war: „Schulden fristgerecht zu begleichen, ist für uns Finnen Ehrensache.... Hier in den nordischen Nationen, unterscheiden wir sehr stark zwischen den anständigen, hart arbeitenden Ländern des Nordens und den leichtfertigen Staaten des Südens".

Für die Zuerst"-LeserInnen, denen all das nicht rechts genug ist, die mehr braun und weniger moderne Maskerade wollen, gibt es einen Beitrag von XAVER WARNKE über den Beginn des Afrikafeldzuges der Nazis vor 70 Jahren, in dem es in bestem Landser-Stil heißt: „Zwei Tage lang rollen die Engländer in immer neuen Wellen heran, 50 Panzer, 70, 80. Flakoberleutnant Ziemer ist die Ruhe in Person. Er weist seine Geschützführer an, die britischen Kolosse herankommen zu lassen und erst auf 500, ja 300 Meter das Feuer zu eröffnen. Die Kaltblütigkeit zahlt sich aus. Bald ist die Geröllwüste vor ‚Stützpunkt 208' ein brennender, qualmender Panzerfriedhof. Die Funkverbindung nach hinten reist (so im Original - tri) ab und am zweiten Tag der Schlacht wird die Munition allmählich knapp. Doch ‚Stützpunkt 208' hält". *tri* ■